

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

DIE LGBTI-BEWEGUNG IN ZYPERN

Aktivismus, Rechte und Wandel
auf beiden Seiten der Insel

**Nayia Kamenou, Enver Ethemer,
Costa Gavrielides, Okan Bullici**
Bericht 2019



Dieser Bericht untersucht, inwieweit LGBTI-Personen in beiden Volksgruppen des geteilten Landes Gleichstellungs- und Nichtdiskriminierungsrechte genießen.



Die Anerkennung der LGBTI-Community als legitimer politischer Akteur und die Durchsetzung von LGBTI-Rechten ist ein mühsamer und langwieriger Prozess auf beiden Seiten der Insel.



Die Aussicht auf den Beitritt zur Europäischen Union (EU) und seine Durchführung sowie die damit verbundenen Prozesse der Europäisierung und Transnationalisierung haben Veränderungen in den politischen Gelegenheitsstrukturen bewirkt

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

DIE LGBTI-BEWEGUNG IN ZYPERN

Aktivismus, Rechte und Wandel
auf beiden Seiten der Insel

Inhaltsverzeichnis

I.	EINFÜHRUNG	3
II.	ENTKRIMINALISIERUNG DER HOMOSEXUALITÄT IN ZYPERN	4
	Maßnahmen und Schritte in der Republik Zypern	4
	Zyperns Norden - Europas Schlusslicht bei der Entkriminalisierung von Homosexualität	4
III.	ENTSTEHUNG DER ZYPRIOTISCHEN LGBTI-ZIVILGESELLSCHAFT	7
	Süden	7
	Norden	8
IV.	MIT VEREINTEN KRÄFTEN – ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN NORDEN UND SÜDEN	11
	Dezember 2010: Solidaritäts- und Netzwerkkonferenz	11
	Oktober 2012: „Der Weg zur Inklusion: Gesundheitsversorgung, Bildung und die LGBT-Gemeinschaft“	11
	Zypern Pride 2014	12
	Gemeinsame Treffen und Veranstaltungen	13
	Regenbogentreffen	13
	Deutsches Queer-Filmfestival	13
	Oktober 2019: United By Colors	13
V.	AKTUELLER RECHTSRAHMEN	14
	Internationaler Maßstab - Jährlicher Regenbogen-Index von ILGA-Europe	14
	Rechtslage auf beiden Seiten der Insel nach den Kriterien der ILGA-Europe	14
	1. Gleichheit und Diskriminierungsverbot	14
	2. Familie	15
	3. Hassdelikte und Hassreden	16

4. Rechtliche Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit & Recht auf körperliche Unversehrtheit	16
5. LGBTI in der Zivilgesellschaft	17
6. Asylrecht	17

VI. NÄCHSTE SCHRITTE ZUR VERWIRKLICHUNG DER GLEICHBERECHTIGUNG VON LGBTI-PERSONEN 18

1. Trans- und Intersex-Rechte – rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität	18
2. Die Rechte Trans- und Intersexueller – geschlechtsangleichende Operationen auf Staatskosten	19
3. In-vitro-Fertilisation (IVF)	19
4. Gleichstellung der Ehe	19
5. Adoption	19
6. Homophobe und transphobe Hassreden und hassmotivierte Straftaten	20
7. Arbeit und Beschäftigung	20
8. Zwangsbehandlung durch „Konversionstherapie“	20
9. Psychische Gesundheit	20
10. Schule und Erziehung	20
11. Wehrdienst	21

VII. SCHLUSSBEMERKUNGEN UND FAZIT 22

Abkürzungsverzeichnis	24
Anhang I	25
Anhang II	25
Quellenangaben	26
Über die Autoren	29

I

EINFÜHRUNG

Der Kampf um Anerkennung der Gemeinschaft der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LGBTI) als legitimer politischer Akteur und Durchsetzung ihrer Rechte auf der geteilten Insel Zypern ist ein mühsamer und langwieriger Prozess, der nach dem Ende der britischen Kolonialherrschaft im Jahr 1960 begann. Seit den 1960er-Jahren richtete die vorherrschende nationalistische Politik ihr Augenmerk in erster Linie auf den Zypernkonflikt als ein ethnisches Problem. Eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft für andere Themenbereiche – wie zum Beispiel Fragen der Sexualität und der *Gender-Nonkonformität* – wurde dadurch behindert. Denn im Vergleich zu der „Zypernfrage“ wurden sie für politisch weniger oder gar nicht relevant gehalten. In einem konfliktreichen, von seiner kolonialen Vergangenheit geprägten Land wie Zypern mit einer ethnisch geteilten Bevölkerung ist der nationalistische Diskurs gewöhnlich besonders intensiv. Denn die Entwicklung einer mehrheitlich akzeptierten nationalen Identität ist ein spannungsgeladenes Thema, bei dem für alle Beteiligten viel auf dem Spiel steht. Historische Einschnitte und Veränderungen in Zypern und nicht zuletzt der Diskurs der britischen Kolonialherren, die interethnischen Hass und Nationalismus schürten und erstmals die sexuelle und geschlechtliche Nonkonformität auf der Insel delegitimierten, haben Heterozentrismus und Zissexualismus zu einer Grundvoraussetzung für die Einheit der ethnischen Gemeinschaften gegenüber inneren und äußeren Feinden gemacht. Auf dieser Prävalenz von Heterozentrismus und Zissexualismus bauen die rechtlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Regulierungsmechanismen und hierarchischen Strukturen des Lebens auf beiden Seiten der Insel auf (Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou, 2016; Kamenou, 2019a; Kamenou, 2019b; Kamenou, 2020).

Mit den ursprünglich aus dem Criminal Law Amendment Act 1885 des Vereinigten Königreichs übernommenen Artikeln 171 bis 173 im Strafgesetzbuch (Kapitel 154) der neu gegründeten Republik Zypern (RZ) wurden Homosexualität und einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen Männern strafbar gemacht und verboten.¹ Nach der Errichtung der türkisch-zypriotischen Verwaltung im Jahr 1975 wurde das gleiche Strafgesetzbuch ohne Änderungen auch in das tür-

kisch-zypriotische Strafgesetzbuch übernommen.² Somit wurden auch in der Türkischen Republik Nordzypern³ die Artikel 171 bis 173 des Kapitels 154 unverändert beibehalten. Zudem blieb im Süden der Insel im Zusammenhang mit gleichgeschlechtlichen sexuellen Handlungen auch die Umsetzung der Labouchere-Änderung im Criminal Law Amendment Act 1885 durch die britischen Kolonialherren bis in die späten 1990er-Jahre unverändert bestehen.

Allerdings haben in Zypern wie auch andernorts die Aussicht auf den Beitritt zur Europäischen Union (EU) und die damit verbundene Europäisierung und andere Transnationalisierungsprozesse Veränderungen in den politischen Gelegenheitsstrukturen bewirkt. (Helfferich & Kolb, 2001; Marks & McAdam, 1999). Diese Veränderungen erleichterten die Mobilisierung von LGBTI-Gruppen in ganz Zypern und die Bildung von Bündnissen und gemeinsamen Aktivitäten von griechisch-zypriotischen und türkisch-zypriotischen LGBTI-Organisationen (Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou, 2016; Kamenou, 2019a; Kamenou, 2020).

¹ Siehe Anhang I.

² Siehe Anhang II.

³ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Für die Türkei und die türkischen Zypriot_innen ist Mustafa Akinci rechtmäßiger Präsident der TRNZ. Die internationale Staatengemeinschaft betrachtet ihn jedoch als Oberhaupt der türkischen-zypriotischen Volksgruppe. Da die Regierung der Republik Zypern weiterhin als Regierung der gesamten Insel international anerkannt ist, gilt die gesamte Insel als Mitglied der Europäischen Union. Allerdings ist der gemeinschaftliche Besitzstand in Nordzypern bis zu einer politischen Lösung der Zypernfrage ausgesetzt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrags).

II

ENTKRIMINALISIERUNG DER HOMOSEXUALITÄT IN ZYPERN

MASSNAHMEN UND SCHRITTE IN DER REPUBLIK ZYPERN

Anfang der Achtzigerjahre beschloss Alecos Modinos, ein griechisch-zypriotischer Aktivist für Schwulenrechte, die diskriminierenden Bestimmungen des zypriotischen Strafgesetzbuchs anzufechten. Aufgrund der Priorisierung der Lösung der Zypernfrage und des LGBTI-feindlichen Umfelds, das eine kollektive Mobilisierung behinderte, setzte sich Modinos jedoch erfolglos für die Entkriminalisierung gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen ein. Da keine politische Partei bereit war, sein Anliegen zu unterstützen, reichte Modinos am 25. Mai 1989 unter Berufung auf das Recht auf Individualbeschwerde nach Artikel 25 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) einen Antrag bei der Europäischen Menschenrechtskommission ein. Dabei machte er geltend, dass die Beibehaltung der Bestimmungen des Strafgesetzbuchs der Republik Zypern, die private homosexuelle Beziehungen unter Strafe stellten, einen ungerechtfertigten Eingriff in sein Recht auf Achtung des Privatlebens gemäß Artikel 8 der Konvention darstelle. Die Kommission verwies die Angelegenheit an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), was am 22. April 1993 zu einem Urteil zugunsten des Klägers führte (Fall Modinos v. Zypern, 1993).

Die Entkriminalisierung gleichgeschlechtlicher sexueller Beziehungen war nun nicht mehr zu vermeiden, denn der Europarat hatte die Republik Zypern gewarnt, dass die Nichtbeachtung des EGMR-Urteils zum Ausschluss Zyperns führen und die Durchsetzung eines Urteils von 1996 über die türkische Intervention und Besetzung gefährden würde. Somit sah sich das Parlament der Republik Zypern am 21. Mai 1998 – nur wenige Tage vor Ablauf der bis zum 29. Mai 1998 geltenden Frist, die der Europarat der Republik Zypern zur Umsetzung der von dem EGMR angeordneten Maßnahme gesetzt hatte, – gezwungen, gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen gegen den heftigen Widerstand der orthodoxen Kirche Zyperns zu entkriminalisieren (PlanetOut, 1998). Es sollte hier nicht unerwähnt bleiben, dass 11 der 56 Parlamentsmitglieder aus Protest gegen die Abstimmung den Plenarsaal verließen, wobei sich einige den Demonstrant_innen vor dem Parlament anschlossen. Das Gesetz wurde schließlich mit 36 Stimmen bei 8 Gegenstimmen verabschiedet. Es dauerte jedoch noch weitere zwei Jahre, bis absichtlich verletzende Begriffe zur Beschreibung homosexueller Beziehungen – wie „unnatürliche Zügellosigkeit“ – aus der neuen

Gesetzgebung entfernt wurden, und zwar erst nach weiteren Drohungen des Europarates. Im Jahr 2002 führte das Parlament die gleiche Schutzaltersgrenze von 17 Jahren für Heterosexuelle und Homosexuelle ein und beseitigte damit einen weiteren Streitpunkt der Debatte. Bis dahin hatten heterosexuelle Paare bereits mit 16 Jahren das Schutzalter erreicht, Homosexuelle jedoch erst mit 18 Jahren (Evripidou, 2013; Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou, 2016).

ZYPERNS NORDEN – EUROPAS SCHLUSSLICHT BEI DER ENTKRIMINALISIERUNG VON HOMOSEXUALITÄT

In dem unter türkisch-zypriotischer Verwaltung stehenden Gebiet im Norden der Insel ließen die Veränderungen noch länger auf sich warten. Erst im Jahr 2014 wurde homosexuelles Verhalten entkriminalisiert. Damit ist der Norden Zyperns die europäische Region, in der Homosexualität am längsten rechtlich als „unnatürliche Zügellosigkeit“ definiert und als „Sodomie“ mit Gefängnis bestraft wurde.

Im März 1998 begannen in der Republik Zypern offiziell die Verhandlungen zum Beitritt zur Europäischen Union, der im Jahr 2004 erfolgen sollte. Damit entwickelte sich eine neue Dynamik, die auch die Möglichkeit einer Wiedervereinigung der Insel in Aussicht stellte (Featherstone, 2000). Zypern sollte der Europäischen Union als vereintes Land beitreten, um so im Rahmen des von den Vereinten Nationen vorgeschlagenen umfassenden Annan-Plans auch eine Lösung des Zypernkonfliktes herbeizuführen. Die Aussicht auf den EU-Beitritt hatte eine transformierende Wirkung auf die türkisch-zypriotische Gesellschaft. Da der unter türkisch-zypriotischer Verwaltung stehende Nordteil der Insel von Rechts wegen nicht als Staat anerkannt wird, konnte er nicht voll in die internationale Gemeinschaft eingebunden werden und war daher nicht in der Lage, mit den internationalen politischen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Veränderungen Schritt zu halten. So konnten in der Zeit vor dem Referendum zum Annan-Plan Änderungs- und Transformationsbestrebungen auf fruchtbaren Boden fallen (Diez & Tocci, 2009).

Auf großen Kundgebungen und politischen Demonstrationen im Jahr 2004 wurden Veränderungen des politischen

Systems und die Wiedervereinigung der Insel gefordert, um die türkisch-zypriotische Gemeinschaft der EU und der internationalen Gemeinschaft näher zu bringen und politische und rechtliche Institutionen und Prozesse zu demokratisieren (Kyris, 2011). In diesem für Veränderungen günstigen Klima entfalteten sich zivilgesellschaftliche Organisationen besonders gut und stellten den Status Quo infrage. Sie forderten Gesetzesänderungen sowie mehr Gleichberechtigung und Rechte für Frauen, die LGBTI-Gemeinschaft, Menschen mit Behinderungen und andere Randgruppen (Human Dignity Trust, 2019). Zu diesen Organisationen gehörte unter anderem die 2007 gegründete Initiative gegen Homophobie (HOKI), die sich dem Kampf gegen Homophobie und gegen Homosexualität kriminalisierende Gesetze verschrieb (Queer Cyprus, 2007). Für die gleichen Belange engagierte sich die 2008 gegründete Organisation Feminist Atelier (FEMA), die sich zwar schwerpunktmäßig mit Frauenrechten sowie Geschlechtergerechtigkeit befasst, sich dabei aber auch für LGBTI-Themen einsetzt.

Im Jahr 2008 legte die Initiative gegen Homophobie (HOKI) der damaligen Sprecherin des nordzypriotischen Parlaments, Fatma Ekenoglu, einen Antrag auf Aufhebung der Artikel 171, 172 und 173 des Strafgesetzbuches vor. In einer den Antrag begleitenden Resolution argumentierte HOKI, dass diese Bestimmungen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung schaffen und zudem seit der britischen Kolonialzeit nicht mehr überarbeitet worden seien (Queer Cyprus, 2008). Außerdem besuchte der damalige Mitvorsitzende der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe LGBTI des Europäischen Parlaments, Michael Cashman, im Februar 2009 den Norden Zyperns. Dabei nahm er als Sprecher auf einem von HOKI organisierten Seminar mit dem Titel „Die Rolle der EU und LGBTI-Rechte“ teil (Human Dignity Trust, 2019).

Trotz der Bemühungen der Zivilgesellschaft um LGBTI-Gleichstellung, die von einigen einflussreichen Politiker_innen und internationalen Akteur_innen unterstützt wurden, nahm die Verfolgung homosexueller Männer kein Ende.

Im Jahr 2010 wurden zwei Männer des unnatürlichen Geschlechtsverkehrs beschuldigt und in Untersuchungshaft genommen (ILGA Europe, 2013). Im Juli 2011 wurden „zwei Männer verhaftet und des ‚unnatürlichen Geschlechtsverkehrs‘“ angeklagt, nachdem sich Nachbar_innen beschwert und einen der beiden Männer beschuldigt hatten, er habe „Männer zu sich nach Hause gebracht.“ „Der Richter entschied, dass die Männer einen Tag lang inhaftiert werden sollten.“ HOKI machte den Fall publik und andere Organisationen, darunter auch LGBTI-Organisationen aus Griechenland, Malta, der Türkei, Albanien und Zypern, die HOKI unterstützten, folgten HOKIs Beispiel und forderten ebenfalls eine Gesetzesänderung. In einem ähnlichen Fall im Oktober 2011 wurden fünf Männer, darunter ein ehemaliger Finanzminister der Republik Zypern, festgenommen und wegen „unnatürlichen Geschlechtsverkehrs“ inhaftiert. In Anhörungen während der Untersuchungshaft gaben alle Inhaftierten außer dem ehemaligen Minister an, von der Polizei geschlagen worden zu sein. HOKI schlug angesichts dieser Festnah-

men Alarm und es kam zu Protesten von Abgeordneten des Europäischen Parlaments und von internationalen Menschenrechtsorganisationen (Queer Cyprus, 2011). Michael Cashman forderte die Freilassung aller, die aufgrund des besagten Artikels 171 des Strafgesetzbuches festgenommen und inhaftiert worden waren (Human Dignity Trust, 2019). Unmittelbar nach diesen Vorfällen, am 25. Oktober 2011, ergriff der Vorsitzende der Sozialistischen Demokratischen Partei (TDP) die Initiative und die Partei legte dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Reform des Strafgesetzbuches vor (Kıbrıs Postası, 2011).

Im Jahr 2011 bemühte sich Marina Yannakoudakis, ein damaliges Mitglied der Hochrangigen Kontaktgruppe des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zur türkisch-zypriotischen Volksgruppe, um die Entkriminalisierung der Homosexualität in Nordzypern. Sie besuchte dabei die Insel und sprach dort mit den wichtigsten politischen Parteien sowie dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter, Derwisch Eroğlu. Yannakoudakis erhielt von Eroğlu die Zusicherung, dass er die Kriminalisierung der Homosexualität aufheben werde (Yannakoudakis, 2013).

Im gleichen Jahr wurde dem Parlament ein Vorschlag zur Änderung des Strafgesetzbuches von 1959 vorgelegt, der – wäre er erfolgreich gewesen – Artikel 171 bis 173 aufgehoben und einige andere Mängel in den Bestimmungen über Sexualdelikte beseitigt hätte (Human Dignity Trust, 2019). An der Erarbeitung dieser Vorlage war HOKI bereits früher maßgeblich beteiligt und wurde dabei von der *Republikanisch-Türkischen* Partei (CTP) unterstützt. Obwohl HOKI derzeit weitere Unterstützungsversprechen erhielt und öffentliches Engagement für eine solche Gesetzesreform erwirken konnte, scheiterte dieser frühe Versuch, eine Reform durchzusetzen.

Im Januar 2012 stimmte der EGMR einer Prüfung des Falls *H.Ç. vs. Türkei* zu (*H.Ç. v. Turkey*, 2014). Die Klage wurde im Jahr 2012 gegen die Türkei geführt, da sie für Nordzypern zuständig und für dortige Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist. Der Fall stützt sich auf die Europäische Menschenrechtskonvention, der auch die Türkei als einer ihrer Vertragsstaaten verpflichtet ist. Die Konvention untersagt die Kriminalisierung der sexuellen Ausrichtung einer Person unter Bezugnahme auf das Recht jedes Einzelnen auf Schutz der Privatsphäre und des Familienlebens, auf diskriminierungsfreie Behandlung und auf Schutz vor unmenschlicher und erniedrigender Behandlung.

Im Februar 2012 wurden wieder zwei Männer unter Berufung auf Artikel 171 des Strafgesetzbuches verhaftet. Dies führte zu einem Protest des damaligen Mitvorsitzenden der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe für LGBT-Rechte des Europäischen Parlaments, Michael Cashman. Im April 2012 besuchte Cashman erneut die Insel. Er traf sich sowohl mit lokalen Nichtregierungsorganisationen (NRO) als auch mit hochrangigen Politiker_innen, um über die Aufhebung der homophoben britischen Kolonialgesetze zu sprechen und Druck auf das Parlament auszuüben, die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen zu verabschieden (Jenkin, 2012). Im Jahr 2013 besuchte auch Marina Yannakoudakis die Insel ein

zweites Mal, um ihre Bemühungen zur Verabschiedung des Gesetzes zur Entkriminalisierung der Homosexualität wieder aufzunehmen. Durch ihren Druck auf die Behörden im Norden war Yannakoudakis maßgeblich an der endgültigen Aufhebung des schwulenfeindlichen Gesetzes beteiligt (LGBT+ Conservatives, 2013).

Die Verabschiedung der Reformen zwischen 2013 und 2014 war kein kontinuierlicher Prozess. Vielmehr wurde wegen verschiedener Regierungswechsel der Entwurf zur Gesetzesänderung zeitweise beiseitegeschoben und dann wieder aufgegriffen (Human Dignity Trust 2019). Der Erfolg der Republikanisch-Türkischen Partei (CTP), welche die Parlamentswahlen im Juli 2013 gewann, erwies sich als entscheidend für die Wiederbelebung der Reformbemühungen durch einige der Parteivertreter_innen im Dezember 2013. Insbesondere drei Mitglieder der CTP – Frau Derma, Frau Özdenefe und Herr Erhürman – spielten eine wichtige Rolle bei der Verabschiedung des Gesetzes 20/2014 zur Änderung des Strafbuches („Reformgesetz“) im Februar 2014.

Die Durchsetzung der bahnbrechenden Reformen des Jahres 2014 ist vermutlich einer Vielzahl von Faktoren zu verdanken, wie zum Beispiel einem günstigen politischen Klima, der Entstehung einer politisch aktiven Zivilgesellschaft und den Bemühungen der LGBTI-Aktivist_innen. Der historische und politische Kontext Nordzyperns hat in den letzten Jahren zweifellos ein reformfreundliches und für Veränderungen offenes Umfeld geschaffen. Dass die Reformbemühungen letztlich dauerhaft auf der legislativen Agenda verankert wurden, ist in erster Linie dem Einsatz und der Strategie der Zivilgesellschaft im eigenen Land zu verdanken und damit den lokalen LGBTI-Aktivist_innen und Organisationen, den Menschenrechtsorganisationen und deren Anhänger_schaft. Auch der politische Wille und das damalige Klima haben maßgeblich zur Durchsetzung der Veränderungen im Jahr 2014 beigetragen. Weitere wichtige Faktoren waren das Engagement von und die Zusammenarbeit mit der europäischen und internationalen Gemeinschaft, Gerichtsverfahren vor dem EGMR, die Durchführung der Änderungen als Teil eines größeren Reformpakets und das Fehlen einer organisierten Opposition aufseiten der verschiedenen Glaubensgemeinschaften (Human Dignity Trust, 2019).

III

ENTSTEHUNG DER ZYPRIOTISCHEN LGBTI-ZIVILGESELLSCHAFT

Nach Erlangung der Unabhängigkeit von Großbritannien waren in Zypern sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten in Bezug auf die Staatsführung der beiden Inselteile festzustellen. So verhinderten in beiden ethnischen Volksgruppen die vorherrschenden nationalistischen Tendenzen und ethnisch geprägten Identitätsvorstellungen jede Möglichkeit der Entwicklung anderer persönlicher Identitäten. Angeheizt durch die Ereignisse von 1963 und 1974 verhinderten die nationalistischen Auffassungen zudem jede Diskussion über Themen wie Menschenrechte und Diskriminierung, die nicht direkt mit Fragen der ethnonationalen Identität zusammenhängen, in ihren Ansätzen. Besonders deutlich wurde dies nach den Ereignissen von 1974. Denn angesichts der großen Sorgen und Nöte der intern Vertriebenen aus beiden Volksgruppen und der Angehörigen von Verschwundenen rückten die Rechte von LGBTI-Personen noch mehr in den Hintergrund. Jeder Versuch, das Thema anzusprechen, stieß auf Empörung und galt als geschmacklos oder geradezu unmoralisch. Aufgrund der starken Spaltung der Bevölkerung im Norden wie im Süden der Insel konnte die Zivilgesellschaft zwangsläufig nur innerhalb der eigenen Volksgruppe agieren. Daher arbeiteten die beiden Volksgruppen bei allen Fragen, die nicht in direktem Zusammenhang mit dem Zypernkonflikt standen, kaum zusammen (Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou, 2016; Kamenou, 2019a; Kamenou, 2019b; Kamenou, 2019c).

SÜDEN

In der Republik Zypern spielte die orthodoxe Kirche historisch eine zentrale Rolle im sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes. Außerdem hat sie durch ihre Politik und ihren Diskurs die nationale Identität der griechischen Zypriot_innen, als eine in Bezug auf Gender und Sexualität essentialistisch ausgerichtete Gemeinschaft, maßgeblich mitgeprägt. Die extrem einflussreiche Stellung der Kirche machte es LGBTI-Personen nahezu unmöglich, sich zu outen, ohne sowohl sozial als auch finanziell ernsthafte Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Denn dieser Schritt kann schnell zum Ausstoß aus Familie und der übrigen Gesellschaft führen (Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou, 2019a; Kamenou, 2019c).

Nach 1974 dauerte es noch viele Jahre, bis die LGBTI-Community begann sich gemeinschaftlich zu organisieren. Der

erste große Schritt erfolgte am 10. Dezember 1987, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, mit der Gründung des Gay Liberation Movement (AKOK) durch Alecos Modinos (Polycarpou, 2010). AKOK konnte sich jedoch nie offiziell registrieren lassen und als staatlich anerkannte Institution agieren, da sich dazu 20 Mitglieder namentlich bei der zuständigen Behörde registrieren lassen mussten. Modinos zufolge gab es nicht genug Mitglieder, die dazu bereit waren. Dennoch schloss sich AKOK als Mitgliedsorganisation der International Gay and Lesbian Association (ILGA) an. Die Gruppe traf sich nur in privaten Räumlichkeiten, um über alltägliche Probleme der schwulen Gemeinschaft zu sprechen und Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung zu finden, wie zum Beispiel die Einrichtung einer Hotline für die LGBTI-Community, die „Gay Phone Line“ (Kamenou, 2012; Kamenou, 2019a).

Der EU-Beitritt im Jahr 2004 zwang die Republik Zypern zur Angleichung der nationalen Gesetzgebung an EU-Richtlinie 2000/78/EG über das Verbot von Diskriminierung am Arbeitsplatz, einschließlich aus Gründen der sexuellen Ausrichtung. Trotz einiger positiver Gesetzesänderungen gab es auf staatlicher Ebene nur begrenzt Ansätze zur Verteidigung der Menschenrechte, da mit dem Begriff „Menschenrechtsverletzungen“ nach wie vor in erster Linie die Nöte und Leiden griechischer Zypriot_innen infolge der Ereignisse von 1974 verbunden wurden (Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou, 2016; Kamenou, 2019a; Kamenou, 2019b; Kamenou, 2019c).

Mit Unterstützung der EU-Institutionen und innerhalb eines verbesserten Rechtsrahmens fiel es der zypriotischen Zivilgesellschaft leichter, sich neu zu definieren und lokale sowie internationale Allianzen zu bilden (ebenda). In diesem Kontext und mit Unterstützung der bereits etablierten NROs – insbesondere der Organisation Cyprus Family Planning Association (CFPA) – begannen im November 2009 informelle Treffen einer neuen Generation von LGBTI-Aktivist_innen, die nach neuen Möglichkeiten zur Förderung der LGBTI-Rechte suchten (Mantis, 2014).

CFPA war maßgeblich an der Organisation der LGBTI-Gemeinschaft beteiligt. Die Arbeit des Verbandes erhielt Auftrieb durch die offene Ausschreibung eines Dokumentationsprojektes von ILGA-Europa, dem europäischen Zweig des Internationalen Lesben- und Schwulenverbandes (Internatio-

nal Lesbian and Gay Association), unter dem Titel „7th Call for Proposals for the Human Rights Violations Documentation Fund“ (7. Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für den Dokumentationsfonds für Menschenrechtsverletzungen). Der hierfür vorgesehene Fonds sollte kleine und mittelgroße Projekte mit maximal 5000 € unterstützen, um Berichte über die LGBTI-Situation in Europa im Jahr 2010 zu erstellen, die dann als Dokumentationsmaterial im Kampf um Anerkennung der Rechte von LGBTI-Personen dienen sollten (ILGA-Europe, 2009).

ILGA-Europe bat LGBTI-Gruppen um aktive Mitwirkung zur Finanzierung des Projektes. Daraufhin brachte CFFA zypriotische LGBTI-Aktivist_innen aus dem Süden der Insel zusammen und bewarb sich im Dezember 2009 für dieses kleine Projekt. Dabei arbeitete CFFA mit einer damals noch unbekannt Gruppe von LGBTI-Aktivist_innen zusammen, die in den Bewerbungsunterlagen einfach als „LGBTCY“ bezeichnet wurde (ILGA-Europe, 2009). Der von CFFA erstellte Bericht war einer der wenigen, an denen zypriotische LGBTI-Personen damals aktiv beteiligt waren, und trug den Titel „Sexual Orientation in Cyprus: Mapping the Social Political Climate, Experiences, and Needs“ (Sexuelle Orientierung in Zypern: Darstellung des sozialpolitischen Klimas, der Erfahrungen und Bedürfnisse) (Kapsou, et al., 2011). Der Bericht wurde später mit finanzieller Unterstützung von ILGA-Europe gedruckt und unter anderem im Parlament vorgestellt. Er wurde zu einem wichtigen Referenzdokument für mehrere Maßnahmen zur Unterstützung der Belange der LGBTI-Gemeinschaft in Zypern.

Vor diesem Hintergrund und mit der Unterstützung weiterer Verbündeter begann sich die LGBTI-Gruppe zu organisieren. Mehrere Treffen im Jahr 2010 führten schließlich zu dem Beschluss der Gruppe, sich offiziell als erste LGBTI-Gruppe der Republik Zypern registrieren zu lassen. Dazu nahm sie den Namen Accept – LGBT Cyprus (Accept)⁴ an, erstellte eine Satzung und reichte am 26. Oktober 2010 den Antrag auf Registrierung bei den Behörden ein. Die Genehmigung zur Registrierung als NRO („Somation“) erhielt Accept jedoch erst am 8. September 2011, denn der Prozess verlief keineswegs reibungslos. Von staatlicher Seite wurden Stellungnahmen von diversen, möglicherweise betroffenen Interessengruppen eingeholt, wie zum Beispiel der Kirche Zyperns. Das wiederum sorgte für Empörung bei Accept und veranlasste die Gruppe dazu, ihre politischen Verbündeten um Unterstützung bei der Durchsetzung der Genehmigung ihres Antrags zu bitten (Kamenou, 2016).

NORDEN

Nach dem Annan-Plan-Referendum von 2004 und dem gescheiterten Versuch der Wiedervereinigung begann die lokale Zivilgesellschaft, sich im Bereich der Persönlichkeitsrechte neu zu organisieren. Im Jahr 2007 wurde im Rahmen einer Versammlung von Frauenrechtler_innen, bedeutenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Rechtsanwält_innen im Gebäude der Gewerkschaft der Grundschullehrer_innen die Organisation Homofobiye Karşı İnsiyatif, Initiative gegen Homophobie (HOKI) gegründet (Queer Cyprus, 2007). Als erste LGBTI-Organisation Zyperns setzte sich HOKI gegen Homophobie und für die Entkriminalisierung von Homosexualität im Norden Zyperns ein. Die Frauenrechtsorganisation FEMA wurde 2008 gegründet.

Anfänglich kooperierte HOKI mit FEMA und nahm auch an der Demonstration zum Internationalen Frauentag am 8. März teil, was zu einer stärkeren Wahrnehmung der LGBTI-Community führte. Beide Organisationen intensivierten nach und nach ihre Zusammenarbeit, um gemeinsam für die Entkriminalisierung der Homosexualität zu kämpfen.

Shortbus Movement (türkisch: Shortbus Hareketi) ist eine weitere Bewegung von Menschenrechtsaktivist_innen, die im Jahr 2008 gegründet wurde und sich für LGBTI-Rechte in Nordzypern einsetzt. Die Gruppe sicherte sich finanzielle Unterstützung von dem Zypern-Büro der Europäischen Kommission und auch vom Europäischen Parlament. Außerdem förderte sie die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Belange der LGBTI-Community durch eine Vielzahl von Aktivitäten.. Dazu zählten unter anderem der Austausch von Informationen, die Bereitstellung von Informations- und Bildungsangeboten sowie psychologische und rechtliche Beratungsdienste für die LGBTI-Gemeinschaft und auch die Organisation und Unterstützung von kulturellen Veranstaltungen, die sich mit den Themenbereichen LGBTI, Geschlechtergleichstellung und Menschenrechte befassen (Shortbus Movement, 2008).

Darüber hinaus startete Shortbus Movement im Jahr 2009 im Rahmen ihres Projektes „Love Knows No Gender, Race or Color“ (Liebe kennt keine Geschlechter, Rassen oder Hautfarben) eine Reihe von LGBTI-Kinonächten (Shortbus Movement, 2009). Im Jahr 2010 trat HOKI als Mitveranstalter einer internationalen Konferenz mit dem Titel „Solidarity and Networking Conference Cyprus 2010“ (Solidaritäts- und Vernetzungskonferenz Zypern 2010) auf, die zusammen mit Accept und ILGA-Europe organisiert und von der Journalistengewerkschaft ausgerichtet wurde. Auf dieser Veranstaltung wurde besonders darauf aufmerksam gemacht, dass Homosexualität im Norden Zyperns noch immer gesetzlich verboten sei, und erneut betont, dass die Kriminalisierung von Homosexualität eine Menschenrechtsverletzung darstelle (Queer Cyprus, 2010).

Eine weitere Organisation namens YKP-FEM wurde im Jahr 2010 ins Leben gerufen. YKP-FEM setzt sich für anti-militaristische Strategien, Flüchtlingsrechte, LGBTI-Rechte und die Rechte von Wehrdienstverweigerern ein und verfolgt dabei einen intersektionalen Ansatz (YKP Fem, 2010).

⁴ Die Gruppe änderte ihren Namen später in Accept – LGBTI Cyprus, um in Anlehnung der Leitlinien von ILGA-Europe, der europaweiten LGBTI-Organisation mit Sitz in Brüssel, auch die Gruppe der intersexuellen Personen einzubeziehen.

Im März 2011 arbeiteten HOKI und FEMA aus Anlass der Hundertjahrfeier der Frauenbewegung zusammen.

Im Juli 2011 kam es zur Festnahme von zwei Männern, die des „unnatürlichen Geschlechtsverkehrs“ beschuldigt wurden. HOKI machte den Fall publik und wurde dabei von anderen LGBTI-Organisationen in Griechenland, Malta, der Türkei, Albanien und Zypern unterstützt, die ebenfalls eine Gesetzesänderung forderten. HOKI führte außerdem an, dass die Medien in Nordzypern durch ihre Berichterstattung Hass und Feindseligkeit gegenüber LGBTI-Personen normalisierten und der Öffentlichkeit homophobische Darstellungen und Kommentare zuspielten.

Im Dezember 2010 und Januar 2011 traten HOKI und Accept gemeinsam als Mitveranstalter einer Familienausstellung von ILGA-Europe im Nord- und Südteil Nikosias auf, die den Titel „Different Families, Same Love“ (Verschiedene Familien, gleiche Liebe) trug (Queer Cyprus, 2011). Der Auftakt der Veranstaltung erweckte großes Medieninteresse, inklusive des staatlichen Fernsehens. Die beifälligen Presseberichte über die Ausstellung boten der breiten Öffentlichkeit Einblicke in eine Reihe von positiven Aspekten aus dem Leben der LGBTI-Community (Queer Cyprus, 2011).

Im April 2012 besuchte Lord Cashman den Norden Zyperns, wo er sich mit politischen Führer_innen und NRO-Vertreter_innen zu Gesprächen über die Entkriminalisierung der Homosexualität traf (Queer Cyprus, 2012).

HOKI änderte 2012 den Namen und wurde damit zur Queer Cyprus Association (QCA). Eines der Hauptanliegen von QCA war die Abschaffung der Artikel im Strafgesetzbuch, die Homosexualität kriminalisierten. Außerdem setzt sich QCA für die Gleichstellung von Personen aufgrund von Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung, die Förderung der Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft für die Rechte von LGBTI-Personen und die Schaffung internationaler und europäischer Verbindungen und Netzwerke ein (Queer Cyprus, 2012).

Auf Einladung von Queer Cyprus besuchten im Jahr 2012 Silvan Agius von ILGA-Europe und Louise Ashworth von der britischen Gewerkschaft UNISON Nordzypern, wo sie sich mit dem Ziel der Aufnahme erneuter Versuche zur Entkriminalisierung der Homosexualität mit Vertreter_innen von YKP-FEM und FEMA trafen (YKP FEM, 2012).

Die Jugendorganisation Famagusta (MAGEM) veranstaltete im November 2014 zusammen mit QCA einen Kinoabend zur Vorführung des Dokumentarfilms *My Child* (Mein Kind), in dem die Eltern einer LGBT-Person in der Türkei von ihren persönlichen Erfahrungen berichten. Die Eltern gehörten einem freiwilligen Hilfs- und Solidaritätsverband mit dem Namen „Familien von LGBT-Personen in Istanbul“ (LISTAG) an, der seit Januar 2008 Familien und Freunde von LGBT-Personen unterstützt. Für Familien und LGBTI-Personen war der Kinoabend eine ideale Gelegenheit um miteinander Kontakt aufzunehmen, Erfahrungen auszutauschen und Netzwerke zu bilden (Yeniduzen, 2014).

Envision Diversity ist eine 2015 gegründete Gruppe, die einen intersektionalen Ansatz verfolgt, um sich mit weitreichenden Fragen der Sexualität, der Geschlechtsidentität und der Menschenrechte auseinanderzusetzen. Envision ist in verschiedenen Bereichen aktiv und befasst sich schwerpunktmäßig mit den Themen sexuelle Gesundheit, geschlechtsspezifische Gewalt und LGBTI-Rechte (Envision Diversity Association, 2015).

Eines der Hauptziele von Envision Diversity ist die Aufklärungsarbeit im Bereich sexuelle Gesundheit. Dazu veranstaltete die Organisation eine Online-Videokampagne zur Bewusstseinsbildung. Zudem wurden verfasste Flugblätter zur sexuellen Gesundheit an die Öffentlichkeit verteilt und verschiedene weiterführende Schulen besucht, um Schüler_innen über sexuelle Gesundheit zu informieren. In den Folgejahren organisierte Envision Diversity zusammen mit der Arbeitsgruppe türkischer Psychologiestudent_innen eine Konferenz zum Thema psychische Gesundheit. Dazu gehörte ein eintägiges Seminar über sexuelle Ausrichtungen und die psychische Gesundheit von LGBTI-Personen sowie ein Workshop zum Thema Psychodrama mit den Schwerpunkten sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität (SOGI) (Envision Diversity, 2018).

Im Jahr 2016 unterbreitete Envision dem Bildungsministerium einen Vorschlag für ein Pilotprojekt, das aus der Vorführung des Dokumentarfilms *My Child* und der Einführung einer Reihe von Unterrichtsmodulen zu SOGI-Themen an fünf weiterführenden Schulen in fünf verschiedenen Bezirken bestand. Das Projekt wurde ohne entsprechende Begründung vom Ministerium abgelehnt, das den Vorschlag lediglich als unangemessen und nicht im Einklang mit geltenden moralischen Werten beiseiteschob. Envision wandte sich daraufhin in dieser Angelegenheit an das Büro des Bürgerbeauftragten, das den Fall als schwerwiegende Diskriminierung verurteilte und dem Bildungsministerium nahelegte, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Darüber hinaus wurde empfohlen, Sexualerziehung sowie SOGI-Kurse und Unterrichtsmodule in den Lehrplan für die Sekundarstufe aufzunehmen (Ombudsman, 2017).

Queer Cyprus startete 2015 zusammen mit dem Cyprus Community Media Center (CCMC) ein von der EU finanziertes Projekt namens „Unspoken“ (Unausgesprochen). Dabei ging es um die Stärkung des Dialogs zu Fragen der Rechte von LGBTI-Personen im Norden Zyperns. Ziel des Unspoken-Projektes ist es, das Bewusstsein für die LGBTI-Community in verschiedenen Bereichen, wie Medien, Bildung und Erziehung, Recht und Gesundheit zu schärfen (Queer Cyprus, 2015). Im Jahr 2016 stießen Queer Cyprus und CCMC gemeinsam eine Medien und Werbeflächen Aktion an (Queer Cyprus, 2016). Dabei wurden Reklametafeln im Nordteil von Zypern aufgestellt, die in bunten Farben die Worte „Mediha deyze, ben geyim“ (Tante Mediha, ich bin schwul) und „Kamil abi, ben lezbiyenim“ (Onkel Kamil, Ich bin lesbisch) anzeigten. Diese Werbeaktion erwies sich als kontrovers und löste eine öffentliche Debatte aus (Queer Cyprus, 2016). Die Reklametafeln wurden von einigen Gruppen attackiert und zerstört. Die Organisation ILGA-Europe veröffentlichte eine Stellungnahme, in der sie der türkisch-zypriotischen LGBTI-Community ihre Unterstützung zum Ausdruck brachte (ILGA Europe, 2016).

In einem Kooperationsprojekt zwischen Envision und der türkischen Stadtverwaltung Nikosias im Mai 2017 wurde ein der Öffentlichkeit zugängliches Seminar zu LGBTI-Rechten veranstaltet (Envision Diversity and Nicosia Turkish Municipality, 2017).

Im Juni 2017 veranstaltete Envision in Zusammenarbeit mit dem Post Research Institute einen Tag der Erinnerung an den Stonewall-Aufstand mit vielen verschiedenen Veranstaltungen, einschließlich eines Live-Auftritts der türkisch-zyprischen Schauspielerin und Aktivistin Oya Akın, die von den Erfahrungen einer Familie berichtete, deren Kind sich als Trans-Frau outete. Im Jahr 2017 organisierte Envision außerdem eine Reihe von Ausstellungen zum Thema „One Love“ in der Home Gallery und im historischen Bedesten-Gebäude in Nikosia. Eine dieser Ausstellungen wurde auch von dem ehemaligen Sonderberater des UN-Generalsekretärs für Zypern, Espen Barth Eide, besucht.

Ferner organisierte Envision eine Anzahl verschiedener Öffentlichkeitsveranstaltungen zur Bewusstseinsbildung in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden, wie zum Beispiel der Kommune Kyrenia, und an Universitäten verschiedener Städte, wie beispielsweise der Amerikanischen Universität Girne und der Technischen Universität des Nahen Ostens. Zu den weiteren Aktivitäten von Envision gehörten sowohl zwei Symposien im März und Oktober 2017 als auch öffentliche Seminare und Workshops zur Bewusstseinsbildung an Universitäten (Envision Diversity, 2018). Darüber hinaus veranstaltete Envision gemeinsam mit der Deutschen Botschaft das Deutsche Queer-Filmfestival (Kibris Gazetesi, 2018).

Das QCA-Projekt «Unspoken» endete im November 2017 (Queer Cyprus, 2017). Zum Abschluss des Projekts führte Queer eine Konferenz mit dem Titel «Speak the Unspoken: Conference on LGBTI Equality and Countering Discrimination in Cyprus» (Das Unausgesprochene aussprechen: Konferenz zum Thema LGBTI-Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierung in Zypern) durch (Queer Cyprus, 2017). Diese zweitägige Konferenz umfasste eine Reihe von Plenarsitzungen und Podiumsdiskussionen zu den Themen Medien, Gesundheit, Erziehung und Bildung, Feminismus, Queer-Theorie sowie Aktivismus zu LGBTI-Rechten/Mobilisierung einer Bewegung für LGBTI-Rechte (Queer Cyprus, 2017). Weitere nennenswerte Aktivitäten von QCA sind ein Medien-Monitoring-Bericht, eine Untersuchung zu Einstellungen der Gesellschaft gegenüber LGBTI-Personen und Fortbildungen für Journalist_innen.

In den Jahren 2018 und 2019 begannen zwei neue, von der EU finanzierte Projekte der Queer Cyprus Association mit den Titeln „Diversity of Colours“ (Farbenvielfalt) und „LGBTI+ in Freedom from Exploitation (LIFE)“ (Ende der Ausbeutung von LGBTI+-Menschen). Ziel des Projektes „Diversity of Colours“ ist es, die Wahrung der Menschenrechte für LGBTI+-Menschen im Norden Zyperns zu fördern und Diskriminierung zu verhindern. Im Rahmen dieses Projekts etablierte QCA eine sogenannte „Solidarity Line“ (Solidaritätslinie) und richtete eine Fortbildungsmöglichkeit für das Netzwerk von Psycholog_innen und Rechtsanwält_innen ein, die für LGBTI-Menschen Rechtsbeistand sowie psychologische Bera-

tungs- und Unterstützungsdienste anbieten. Darüber hinaus führte QCA auch eine Konferenz zum Thema Diversität im akademischen Bereich durch (Queer Cyprus, 2019).

Mit dem Projekt LIFE soll ein Beitrag zur Unterstützung für LGBTI+-Menschen im Nordteil der Insel geleistet werden, die Opfer bzw. potenzielle Opfer von Menschenhändlern oder anderweitig gefährdet sind. Im Rahmen des LIFE-Projekts bildete QCA ehrenamtliche Hilfskräfte der „Solidarity Line“ von Queer Cyprus aus. Außerdem besuchte die Queer Cyprus Association den Parlamentsausschuss für Rechts- und Politikfragen sowie Außenbeziehungen, um mit Organisationen, mit denen sie im Rahmen des Menschenhandelsprojektes COMMIT zusammenarbeiten, über Gesetze gegen den Menschenhandel zu sprechen (Queer Cyprus, 2019). Im Rahmen dieses Projektes veranstaltete die Organisation Informationstreffen für Gleichgesinnte und erstellte eine Bestandsaufnahme zum Rechtsrahmen für Prostitution und Menschenhandel sowie im Bereich sozialer Dienstleistungen.

IV

MIT VEREINTEN KRÄFTEN – ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN NORDEN UND SÜDEN

Im Jahr 2010, nachdem die zivilgesellschaftliche LGBTI-Bewegung im Norden etabliert war, begann mit der Gründung von Accept – LGBTI Cyprus auch eine Zusammenarbeit mit der organisierten LGBTI-Bewegung im Süden der Insel. In Zypern, sowie anderenorts, hat das auf mehreren Ebenen verankerte System zum Schutz der Grundrechte in Europa zu einer Verbesserung der politischen Möglichkeiten für eine nationale sowie transnationale Mobilisierung im Bereich Sexual- und Geschlechtergleichstellung unter der Schirmherrschaft transnationaler NROs, beigetragen. Zu diesen NROs gehört insbesondere die Organisation ILGA-Europe, die Aktivist_innen dabei unterstützt, ihre Anliegen über Brüssel auf nationaler Ebene voranzutreiben (Kamenou, 2012; Kamenou, 2016; Kamenou, 2019 b).

DEZEMBER 2010: SOLIDARITÄTS- UND NETZWERKKONFERENZ

Im Oktober 2009 hielt ILGA-Europe ihre jährliche europäische Konferenz in Malta ab, bei der unter anderem Alecos Modinos für seinen Beitrag zur europäischen LGBTI-Bewegung gewürdigt wurde. Auf dieser Veranstaltung wurde auf Initiative der an der Konferenz teilnehmenden maltesischen LGBTI-Gruppen der Beschluss gefasst, innerhalb von ILGA-Europe ein regionales Netzwerk der Mittelmeerländer aufzubauen.

Zunächst bestand dieses Netzwerk aus den Ländern Malta, Griechenland, Albanien und der Türkei. In den Monaten nach der Konferenz und nach der Gründung von Accept – LGBTI Cyprus (Accept) luden die maltesischen LGBTI-Gruppen die beiden zypriotischen LGBTI-Gruppen zur Vorbereitung und Teilnahme an einem geplanten Netzwerktreffen für alle internationalen Organisationen in Zypern ein. Die Partizipation der griechisch-zypriotischen Accept und der türkisch-zypriotischen HOKI an diesem zum Ende des Jahres 2010 geplanten Treffen sollte die zypriotische LGBTI-Bewegung fördern.

Zur Planung der Veranstaltung fanden mehrere Treffen zwischen Accept und HOKI statt. Dabei wurde der Beschluss gefasst, ein möglichst offenes Event zu organisieren, um die Sichtbarkeit zu erhöhen und die Unterstützung lokaler Akteur_innen zu sichern. Die beiden Organisationen baten die Vertretung der Europäischen Kommission in Zypern und das

Zypern-Büro des Europäischen Parlaments um Unterstützung. Sie erhielten vor allem dadurch praktische Hilfe, dass ihnen das EU-Haus in Nikosia kostenlos als Veranstaltungsort angeboten wurde. Zudem brachten die EU-Institutionen ihre Unterstützung der Rechte der LGBTI-Gemeinschaft in Zypern öffentlich zum Ausdruck. Als Veranstaltungsort bot das EU-Haus nicht nur Schutz und Sicherheit für die teilnehmenden Organisationen, sondern sorgte auch dafür, dass die Veranstaltung von den Behörden auf beiden Seiten der Insel ernst genommen wurde.

Im Dezember 2010 fand die Veranstaltung „Solidaritäts- und Netzwerkkonferenz Zypern 2010“ als erste gemeinsame Veranstaltung der beiden Organisationen statt (Queer Cyprus, 2010). Die Veranstaltung war sehr erfolgreich und trug dazu bei, das Bewusstsein für die LGBTI-Gemeinschaft in ganz Zypern zu schärfen. Im Süden war das Hauptziel, die Registrierung von Accept durch die Behörden voranzutreiben und den Dialog über ein Lebenspartnerschaftsgesetz einzuleiten. Die Stadt Nikosia und Bürgermeisterin Eleni Mavrou unterstützten die Veranstaltung durch die Eröffnung einer Fotografie Ausstellung mit dem Titel „Different Families – Same Love“, die ursprünglich von ILGA-Europe im Europäischen Parlament in Brüssel gezeigt worden war. Im Norden fand eine Pressekonferenz statt, auf der die Notwendigkeit der Entkriminalisierung zur Sprache gebracht wurde. Sowohl ILGA-Europe als auch Accept nahmen an dieser Pressekonferenz teil.

OKTOBER 2012: „DER WEG ZUR INKLUSION: GESUNDHEITSVERSORGUNG, BILDUNG UND DIE LGBT-GEMEINSCHAFT“

Eine von Accept und der inzwischen in Queer Cyprus umbenannten nordzyprischen LGBTI-Organisation durchgeführte bikommunale Konferenz war eine weitere Großveranstaltung, mit der die beiden Organisationen ihre Zusammenarbeit fortsetzten. Möglich wurde dies durch die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Botschaft der USA in Zypern, welche die Treffen begleitete. Die Konferenz trug den Titel „Der Weg zur Inklusion: Gesundheitsversorgung, Bildung und die LGBT-Gemeinschaft“ und sollte das öffentliche Bewusstsein für LGBTI-Belange stärken. Ein weiteres Ziel war

die Weiterbildung professioneller Kräfte zur Verbesserung ihrer für die Arbeit mit Menschen der LGBTI-Community in Zypern benötigten Fähigkeiten und Kenntnisse. Angesprochen waren dabei sowohl die Berufsgruppen im Gesundheitswesen, wie Ärzt_innen, Krankenpfleger_innen, Psycholog_innen, Sozialarbeiter_innen, als auch Fachkräfte im formalen und informellen Bildungsbereich, wie Lehrer_innen, Akademiker_innen, Sozialwissenschaftler_innen und Student_innen (Accept – LGBTI Cyprus & Queer Cyprus, 2012). Die Konferenz fand im Home for Cooperation in der UN-Pufferzone in englischer Sprache statt. Die Präsentationen und Konferenzmaterialien wurden ins Griechische und Türkische übersetzt. Anwesend waren Redner_innen von beiden Seiten der Insel sowie Vertreter_innen aus Griechenland, der Türkei, den USA und dem Vereinigten Königreich. Die Veranstaltung wurde von der Vertretung der Europäischen Kommission in Zypern mitorganisiert und von der Botschaft der Niederlande in Zypern unterstützt.

ZYPERN PRIDE 2014

Das Jahr 2014 erwies sich als besonders bedeutungsvoll für die LGBTI-Bewegung in Zypern. Nach der Entkriminalisierung der Homosexualität im Norden konnten die beiden Gruppen endlich den lang gehegten Traum der LGBTI-Gemeinschaft verwirklichen, das Bewusstsein für LGBTI-Belange durch die Organisation der ersten Pride-Veranstaltung in Zypern zu schärfen. Die harte Realität der Teilung der Insel zeigte sich in den langen Diskussionen zwischen Accept – LGBTI Cyprus und Queer Cyprus, die deutlich machten, wie schwierig es sein würde, eine gemeinsame Aktion durchzuführen. Ursprünglich planten die beiden Gruppen einen Demonstrationmarsch von einer Seite der Insel zur anderen. Doch war der Einfluss der beiden Gruppen in Wirklichkeit einfach nicht groß genug, um ein so ehrgeiziges Projekt durchzusetzen, schon allein deshalb, weil ein Großteil der zyprischen Gesellschaft einer „Zypern Pride“-Veranstaltung ablehnend gegenüberstand.

Auch zwei getrennte Demonstrationzüge am selben Tag, die in der Pufferzone enden und dort aufeinandertreffen sollten, konnten nicht realisiert werden. Denn LGBTI Cyprus vermutete, dass nur ein kleiner Teil der griechisch-zyprischen Demonstrant_innen dazu bereit sein würde, bis in die UN-Pufferzone zu marschieren. Dadurch könnte sich nämlich, so wurde befürchtet, der Schwerpunkt dieses wichtigen Ereignisses verlagern. Es würde nicht wie geplant die Wirkung einer bahnbrechenden politischen Aktion der LGBTI-Gemeinschaft erzielen, sondern vielmehr als ein weiteres bikommunales Ereignis wahrgenommen werden, bei dem es wieder einmal um die Zypernfrage ging. Vor diesem Hintergrund zogen es beide Seiten vor, getrennte Pride-Veranstaltungen durchzuführen. Queer Cyprus nahm an einer Veranstaltung am Internationalen Tag gegen Homophobie, Biphobie und Transphobie 2014 (IDAHOBIT) am 17. Mai teil, die zusammen mit anderen türkisch-zyprischen Organisationen wie dem Jugendzentrum Mağusa Gençlik Merkezi/Famagusta (MAGEM) sowie antifaschistischen und antimilitaristischen Gruppen organisiert worden war.

Während der zweiwöchigen Veranstaltung wurden auch mehrere andere separate und gemeinsame Events organisiert, wie zum Beispiel Filmvorführungen in der UN-Pufferzone. Das Motto der ersten „Cyprus Pride“-Veranstaltung lautete Gleiche Liebe – Gleiche Rechte (Ίδια Αγάπη – Ίσα Δικαιώματα, Aynı aşk – Eşit haklar) (Accept – LGBTI Cyprus, 2014). Accept – LGBTI Cyprus hielt eine Ansprache am 17. Mai vor der Menge in Büyük Han im Norden und Queer Cyprus sprach am 31. Mai vor der Menge auf dem Eleftheria-Platz im Süden.

Die Veranstaltung wurde von der zyprischen Kirche heftig kritisiert, die Homosexualität in einer Erklärung scharf verurteilte. Diese Erklärung wurde in allen Kirchen im Süden verlesen und es wurden Unterschriften gesammelt, die die Behörden aufforderten, die Veranstaltung abzusagen (Psillides, 2014). Trotz der Opposition der Kirche verlief die Veranstaltung reibungslos und wurde von Mitgliedern der LGBTI-Gemeinschaft, Verbündeten sowie einer Reihe nationaler und internationaler politischer und institutioneller Akteur_innen gut besucht, darunter auch die sehr beliebte zyprische Sängerin Anna Vissi. Den Schätzungen von Accept zufolge waren sogar 90% der Teilnehmer_innen keine Mitglieder der LGBTI-Community, sondern einfach Befürworter_innen der Bewegung, die durch ihre Teilnahme auch ihre Ablehnung der Haltung der Amtskirche zum Ausdruck bringen wollten. Damit wurde deutlich, dass sich in Bezug auf den Umgang mit Menschenrechten in Zypern für alle Menschen etwas ändern musste. Obwohl soziale Gerechtigkeit in Zypern noch längst nicht ganz erreicht war, schufen die damaligen sozialen und politischen Bedingungen dennoch ein Klima, das die Mobilisierung der Gesellschaft für LGBTI-Gleichstellung ermöglichte (Kamenou, 2016; Kamenou, 2019b; Kamenou, 2020).

Seit 2014 finden auf beiden Seiten der Insel getrennte „Cyprus Pride“-Veranstaltungen statt. Accept – LGBTI Cyprus hat an allen Veranstaltungen im Norden teilgenommen und diese in das veröffentlichte Programm der „Cyprus Pride“-Events im Süden aufgenommen. Queer Cyprus, Envision Diversity und MAGEM haben 2016 eine gemeinsame Aufforderung zur Bildung des Organisationskomitees 17. Mai veröffentlicht (Yeniduzen Gazetesi, 2016). Elf zivilgesellschaftliche Organisationen und die Plattform für Geschlechtergleichstellung, die 21 politische Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen in Nordzypern vertritt, waren an der Gründung dieses Komitees beteiligt. Diese wirkten bei der Organisation einer Reihe von Veranstaltungen für die dritte Pride-Demonstration im Norden in der Woche des Internationalen Tages gegen Homophobie, Biphobie und Transphobie (IDAHOBIT) im Jahr 2016 mit. Seither organisierte Queer Cyprus zusammen mit dem Organisationskomitee 17. Mai die Pride-Paraden der Jahre 2017, 2018 und 2019 im Norden Zyperns.

GEMEINSAME TREFFEN UND VERANSTALTUNGEN

In den folgenden Jahren führten Accept – LGBTI Cyprus, Envision Diversity und Queer Cyprus gemeinsam mehrere kulturelle und gesellschaftliche Kleinveranstaltungen durch. Zum Beispiel das Deutsche Queer Film Festival im Jahr 2018, welches von Accept und Envision Diversity in Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft in Nikosia organisiert wurde. Besondere Bedeutung erlangte dieses Festival vor allem dadurch, dass dort Filme vorgeführt wurden, die bei dem Filmfestival „Pink Life Queer Fest“ in Ankara von der Bezirksregierung verboten worden waren.

REGENBOGENTREFFEN

Bei den von Accept, Queer Cyprus und Envision Diversity organisierten Regenbogentreffen handelte es sich um monatliche Veranstaltungen der LGBTI-Support-Gruppe, die im Home for Cooperation in der UN-Pufferzone stattfanden. Diese Treffen standen allen auf beiden Seiten der Insel offen. Sie zielten darauf ab, Mitgliedern und Verbündeten der LGBTI-Community einen sicheren Ort zu bieten, an dem sie sich versammeln und in vertraulicher Atmosphäre über Themen und Probleme sprechen können, die sie betreffen. Hierzu zählen exemplarisch das Coming-out, das Leben vor und nach dem Coming-out, Familien- und Beziehungsfragen und Ähnliches. Weitere Aktivitäten im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen QCA und Accept waren das Open-Door-Festival, ein Event der Zivilgesellschaft, das zu einem EU-finanzierten Projekt namens Civic Space gehört, und ein bikommunales Regenbogentreffen im Home for Cooperation.

DEUTSCHES QUEER-FILMFESTIVAL

Ein 2018 durchgeführtes Gemeinschaftsprojekt von Accept und Envision Diversity, an dem auch die Deutsche Botschaft in Nikosia mitwirkte, war das Deutsche Queer-Filmfestival. Dieses Festival war von besonderer Bedeutung, da die dort gezeigten Filme bei dem Filmfestival „Pink Life Queer Fest“ in Ankara von der Bezirksregierung verboten worden waren (Yeniduzen Newspaper, 2018).

OKTOBER 2019: UNITED BY COLORS

Zur Wiederbelebung ihrer Zusammenarbeit und der gemeinsamen Organisation von Veranstaltungen fand am 5. Oktober 2019 ein Treffen zwischen Accept – LGBTI Cyprus und Queer Cyprus im Home for Cooperation in der UN-Pufferzone statt. Dort wurde eine neue Absichtserklärung über Möglichkeiten einer wirkungsvollen zukünftigen Zusammenarbeit der beiden Organisationen angekündigt. Diese soll voraussichtlich im Jahr 2020 unterzeichnet werden.

V

AKTUELLER RECHTSRAHMEN

INTERNATIONALER MASSSTAB – JÄHRLICHER REGENBOGEN-INDEX VON ILGA-EUROPE

Seit 2009 erstellt die europäische Organisation ILGA-Europe jährlich eine Regenbogenkarte für Europa. Aus dieser geht hervor, mit welchen Gesetzen und Richtlinien in 49 europäischen Ländern, zum Zeitpunkt der Erstellung der Karte, zur Wahrung der Rechte von LGBTI-Personen beigetragen wird. Seit 2011 hat sich diese Karte zu einem Länderindex entwickelt, der auf Basis eines Punktesystems zur Bewertung der erlassenen LGBTI-Gesetze eine Rangliste europäischer Länder erstellt. Dieser Index gilt als der genaueste in Europa, um festzustellen, wie gut oder schlecht ein Land im Vergleich mit anderen in Bezug auf seine Rechtsvorschriften zum Schutz von LGBTI-Personen abschneidet. Zusammen mit dem Regenbogen-Index veröffentlicht ILGA-Europe ihren Jahresbericht, der wichtige Ereignisse des Vorjahres aufzeigt, welche die LGBTI-Gemeinschaft in den einzelnen Ländern betreffen.

Für Zypern spiegelt der Index seit 2011 nur noch den rechtlichen Rahmen der Republik Zypern wider, während der Jahresbericht auf Schritte verweist, die in beiden Volksgruppen – sowohl im Norden als auch im Süden der Insel – unternommen wurden. Im Jahr 2011 stand die RZ auf Platz 40 von insgesamt 50 europäischen Staaten, darunter auch der Vatikan. Unter den damals 27 EU-Mitgliedstaaten nahm die RZ den letzten Platz ein (ILGA-Europe, 2011).

Im Mai 2019 lag die Republik Zypern auf Platz 32 von insgesamt 49 europäischen Staaten mit einer Gesamtbewertung von 22,7 % in allen untersuchten Bereichen. Unter den EU-Mitgliedstaaten belegte die Republik Zypern Platz 23 (ILGA-Europe, 2019). Zwar hat die Republik Zypern ihre Position in dieser Rangliste verbessern können, doch ist hier anzumerken, dass sie bei der Beseitigung der rechtlichen Ungleichheiten in Bezug auf LGBTI-Personen nicht weit genug gegangen ist. Obwohl sich die rechtlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Besonderheiten jedes Landes in diesen Rankings unterschiedlich darauf auswirken, ob und welche LGBTI-Gesetze erlassen werden können, lassen sich doch einige wichtige Vergleiche anstellen: So konnte Malta, ein weiterer relativ junger Staat, der 2004 der EU beitrat, innerhalb von 8 Jahren auf den ersten Platz des Index vorrücken. Malta erfüllte die meisten der von dem ILGA-Eu-

rope-Index erfassten Anforderungen an die rechtliche Situation und konnte dadurch eine Gesamtpunktzahl von 90,4 % erzielen.

RECHTSLAGE AUF BEIDEN SEITEN DER INSEL NACH DEN KRITERIEN DER ILGA-EUROPE

1. Gleichheit und Diskriminierungsverbot

SÜDEN

Verfassung: Es gibt in der Republik Zypern kein spezifisches Verbot der Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsmerkmalen. Gemäß Artikel 28 Absatz 2 ist Diskriminierung „aus Gründen der Volksgruppenzugehörigkeit, der Rasse, der Hautfarbe, der Religion, der Sprache, des Geschlechts, der politischen Überzeugung, der ethnischen Herkunft, des sozialen Status, Reichtums oder aus anderen Gründen“ jedoch verboten (Cyprus Bar Association, 2019).

Beschäftigung: Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung ist seit dem 1. Mai 2004 durch das Gesetz der Gleichbehandlung in Beschäftigung und am Arbeitsplatz von 2004 (58 (I)/2004) – das Gesetz zur Angleichung an EU-Richtlinie 2000/78/EG – verboten. Dieses Gesetz verbietet zwar nicht ausdrücklich die Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität oder Geschlechtsmerkmalen, doch werden diese Gründe als indirekt in dem Gesetz enthalten betrachtet.

Waren und Dienstleistungen: Es gibt kein Gesetz zum Verbot von Diskriminierung im Bereich Waren und Dienstleistungen aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsmerkmalen.

Gesundheit: Es gibt auch kein Gesetz zum Verbot von Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsmerkmalen bei der Erbringung von Gesundheitsleistungen.

Bildung: Auch bei der Bereitstellung von Bildungsangeboten gibt es kein Gesetz, das Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsmerkmalen verbietet.

Mandat der Gleichbehandlungsstelle: Das Büro des Kommissars für Verwaltung fungiert als nationale Antidiskriminierungsstelle. Es hat offiziell den Auftrag, sich mit Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung, jedoch nicht aufgrund von Geschlechtsidentität oder Geschlechtsmerkmalen, zu befassen. Gleichwohl ist es auch gegen solche Arten der Diskriminierung vorgegangen und wird gemeinhin als verantwortliche Stelle in dieser Hinsicht angesehen.

Blutspenden: Es gibt kein Verbot, das Blutspenden aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsmerkmalen nicht zulässt.

Medizinische geschlechtsangleichende Verfahren: Es gibt keine spezifischen Gesetze, die medizinische Verfahren zur Geschlechtsangleichung verbieten.

Wehrdienst: Homosexuelle Männer dürfen Dienst in der griechisch-zypriotischen Nationalgarde leisten. LGBTI-Soldaten, die psychisch nicht in der Lage sind, Wehrdienst zu leisten, können einen Antrag auf Befreiung aufgrund ihres psychischen Gesundheitszustandes stellen, der dann gemessen an den zu erfüllenden Bedingungen entsprechend bewertet wird. Transmännern ist der Wehrdienst nicht ausdrücklich aufgrund ihrer Geschlechtsidentität verboten. Doch gibt es einen neuen Entwurf für ein Gesetz über die Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit, der eine Bestimmung enthält, nach der Transmänner zwingend als dienstunfähig abgewiesen werden könnten. Dieser Entwurf liegt mit Stand vom Dezember 2019 dem Innenministerium zur Prüfung vor.

NORDEN

Verfassung: Gemäß Artikel 8 Absatz 1 der Verfassung ist jede Art von Diskriminierung verboten und alle Menschen werden als gleich angesehen (Northern Cyprus Constitution, 1975).

Beschäftigung: Ein Anti-Diskriminierungsgesetz gibt es nicht. Zwar erarbeitete 2014 das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit einen Entwurf für ein Gesetz gegen Diskriminierung und für Gleichbehandlung, Chancengleichheit sowie Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben und beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, aber ein solches Gesetz wurde nie erlassen.

Waren und Dienstleistungen: Seit 2014 ist gemäß Artikel 174 des Strafgesetzbuches die Diskriminierung beim Zugang zu öffentlich bereitgestellten Gütern und Dienstleistungen verboten und wird als geringfügiges Vergehen eingestuft. (Strafgesetzbuch, Artikel 174 (geändert 20/2014), 2014).

Gesundheit: Es gibt kein Gesetz, das Diskriminierung bei der Erbringung von Gesundheitsdiensten aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsmerkmalen verbietet.

Bildung: Es gibt kein Gesetz, das Diskriminierung bei der Bereitstellung von Bildungsangeboten aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsmerkmalen verbietet.

Mandat der Gleichbehandlungsstelle: Es gibt keine derartige Institution im Nordteil Zyperns.

Blutspenden: Es gibt keine behördlichen Regelungen oder Gesetze, die Blutspenden von LGBTI-Personen betreffen. Das Spendenantragsformular enthält jedoch den Hinweis, dass Personen, die gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen ausüben, kein Blut spenden können.

Medizinische geschlechtsangleichende Verfahren: Es gibt keine spezifischen Gesetze, die medizinische Verfahren zur Geschlechtsangleichung verbieten. Fachkräfte im Bereich der psychischen Gesundheitsfürsorge rühren nicht unbedingt die Werbetrommel für derartige Verfahren. Jedoch gibt es im psychotherapeutischen Bereich sowohl Nicht-Fachleute (wie Life-Coaches, Spiritualist_innen, religiöse Amtsträger_innen usw.) als auch Angehörige entsprechend qualifizierter Berufsgruppen (wie Psychiater_innen und Psycholog_innen), die je nach ihrer persönlichen Einstellung zu Menschen mit nicht geschlechtskonformem Auftreten medizinische Verfahren anbieten.

Militärdienst: Schwule und Transgender-Personen dürfen keinen Militärdienst leisten. Den Vorschriften des Kommandos der Sicherheitskräfte zufolge gelten Homosexualität und/oder Transsexualität noch immer als psychische Erkrankungen. Dabei bedient man sich, um eine entsprechende psychiatrische Diagnose zu stellen, manuell durchgeführter Verfahren, die veraltet und voreingenommen sind und in internationalen medizinischen Fachkreisen abgelehnt werden.

2. Familie

SÜDEN

Gleichstellung von Ehe und eingetragenen Lebenspartnerschaften: Die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern ist in der Republik Zypern nicht gestattet. Seit dem 9. Dezember 2015 (Νόμος που προνοεί για τη σύναψη Πολιτικής Συμβίωσης (N184(I)/2015), 2015) sind eingetragene Lebenspartnerschaften erlaubt, die gleichgeschlechtlichen Paaren die gleichen Rechte wie verheirateten Paaren einräumen, mit Ausnahme des Rechts auf Adoption.

Adoption: Eine gemeinsame Adoption oder Adoption durch den nicht-biologischen Elternteil ist nicht zulässig. Adoptionen durch eine alleinerziehende Person unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Geschlechtsidentität oder ihren Geschlechtsmerkmalen ist zwar erlaubt, kommt aber in der Praxis kaum vor.

Medizinisch unterstützte Befruchtung: Gleichgeschlechtliche Paare haben keinen Anspruch darauf und Alleinerziehende können diesen Schritt nur nach Beantragung und Genehmigung durch das Gesundheitsministerium gehen.

NORDEN

Gleichstellung von Ehe und eingetragenen Lebenspartnerschaften: Die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern und eingetragene Lebenspartnerschaften sind im Norden Zyperns nicht gestattet. In der Verfassung wird Ehe als eine Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau bezeichnet (Verfassung der Türkischen Republik Nordzypern, 1975). Zur Legalisierung der Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern wäre daher eine Verfassungsänderung erforderlich.

Adoption: Eine gemeinsame Adoption oder eine Adoption durch den nicht-biologischen Elternteil ist gleichgeschlechtlichen Partnern nicht gestattet, da dem Gesetz nach nur verheiratete Paare adoptieren können und die Ehe als eine Vereinbarung zwischen einem Mann und einer Frau definiert ist. Adoptionen durch Alleinerziehende sind im Adoptionsgesetz geregelt, das jedoch keine Bestimmungen zur sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität des/der Adoptierenden enthält (Adoptionsgesetz, 1954).

Medizinisch unterstützte Befruchtung: Gleichgeschlechtliche Paare haben keinen Anspruch darauf und Alleinerziehende können diesen Schritt nur nach Beantragung und Genehmigung durch das Gesundheitsministerium ergreifen.

3. Hassdelikte und Hassreden

SÜDEN

Gesetz gegen Hassdelikte: Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität werden in der Gesetzgebung gegen Hassdelikte ausdrücklich als erschwerender Faktor genannt. Geschlechtsmerkmale werden nicht ausdrücklich erwähnt, sind aber implizit enthalten.

Gesetz gegen Hassreden: Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität werden ausdrücklich in den Rechtsvorschriften gegen Hassreden erwähnt und sind auch in der Strafgesetzgebung unter Artikel 99A zu finden (Ο περί Ποινικού Κώδικα Νόμος (ΚΕΦ.154/99Α) - Penal Legislation (Ch. 154/99A), 2015). Jedoch hat dieses Verbot bisher keinen angemessenen Schutz geboten. Es gibt kaum Fälle, die vor Gericht gebracht werden, da dazu ein Hassmotiv nachgewiesen werden muss.

NORDEN

Gesetz gegen Hassdelikte: Es gibt kein Gesetz, das sich speziell mit dem Verbot von Hassdelikten aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität befasst.

Gesetz gegen Hassreden: Nach Artikel 171 (1) und 171 (2) in Kapitel 154 des Strafgesetzbuches sind Hassreden, die auf sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität beruhen, verboten. Darüber hinaus enthält Artikel 172 desselben Gesetzes ein Verbot wirtschaftlicher und psychologischer Gewalt aufgrund von Vorurteilen und Hass (Strafgesetzgebung (Kap. 154/171 Abs. 1, 171 Abs. 2, 172), 2014).

4. Rechtliche Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit & Recht auf körperliche Unversehrtheit

SÜDEN

Rechtliche Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit: Derzeit gibt es kein Gesetz zur rechtlichen Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit. Es gibt jedoch Richtlinien, die es einer transsexuellen Person erlauben, nur auf ihrem nationalen Personalausweis (ID) ihr Geschlecht und ihren Namen zu ändern. Das kann allein aufgrund der Selbstbestimmung erfolgen und bedarf keiner chirurgischen Eingriffe. Ein Gesetzentwurf zur vollständigen Klärung der Verfahrensweise für alle amtlichen Dokumente wird derzeit von der Regierung erarbeitet und soll bis Ende 2019 dem Parlament vorgelegt werden. Die Abstimmung über den Gesetzentwurf soll im Jahr 2020 erfolgen.

Entpathologisierung: Ein Gesetz gibt es zurzeit nicht. Jedoch wird in den neuesten Richtlinien des Innenministeriums ausdrücklich darauf hingewiesen, dass keine medizinische Intervention erforderlich ist, um das Geschlecht im Personalausweis einer Trans-Person zu ändern. Dies findet sich in ähnlicher Formulierung auch in dem aktuellen Entwurf des Ministeriums für ein Gesetz über die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität wieder.

Zugang zu und Kostenübernahme für trans-spezifische Gesundheitsversorgung (TSHC): Der Staat übernimmt derzeit die Kosten für Hormonbehandlungen, wenn eine Trans-Person diese beantragt. Da in Zypern keine geschlechtsangleichenden Verfahren durchgeführt werden, ist der Staat nach EU-Recht verpflichtet, Transgender-Personen ins Ausland zu schicken, um ihre Behandlung durchführen zu lassen. Dies ist aber leider nach derzeit geltendem Gesetz verboten.

NORDEN

Rechtliche Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit: Es besteht die Möglichkeit, Dokumente aufgrund eines nachgewiesenen medizinischen/chirurgischen Eingriffs ändern zu lassen. Artikel 33 Absatz 3 des Gesetzes Nr. 2/1975 über Geburten und Todesfälle wurde durch das Änderungsgesetz 9/2004 angepasst, sodass sich Personen nach einer geschlechtsangleichenden Operation mit ihrer neuen biologischen Geschlechtsidentität neu registrieren können. Der entsprechende Artikel lautet wie folgt: „Wenn eine Person ihre physische Geschlechtsangleichung anhand eines medizinischen Berichts und die Genehmigung einer solchen transformativen Operation durch den Gesundheitsausschuss des Gesundheitsministeriums im Krankenhaus Dr. Burhan Nalbantoglu nachweist und einen entsprechenden Antrag mit allen Bescheinigungen einreicht, kann gegen Zahlung der jeweils geltenden Gebühr, die vom zuständigen Ministerium festgelegt wird, der Name und das Geschlecht dieser Person durch eine von dem Bürovorsteher des Einwohnermeldeamtes damit beauftragte Amtsperson im Melderegister geändert werden“ (Gesetz über Geburten und Todesfälle, 2/1975 (Artikel 33 Absatz 3, geändert durch 9/2014)).

Entpathologisierung: Der Ausdruck der empfundenen Geschlechtsidentität wird in der Gesetzgebung zur psychischen Gesundheit in Nordzypern noch immer als eine psychische Störung oder pathologisch als Geschlechtsdysphorie angesehen.

Zugang zu und Kostenübernahme für trans-spezifische Gesundheitsversorgung (TSHC): Geschlechtsangleichungsoperationen werden von staatlichen Krankenhäusern nicht angeboten. Auch für Personen, die sozialversichert sind und sich für eine solche Operation qualifiziert haben, gibt es diese Möglichkeit in staatlichen Krankenhäusern im Rahmen des nationalen Gesundheitsdienstes nicht.

5. LGBTI in der Zivilgesellschaft

SÜDEN

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich mit LGBTI-Themen befassen, können ihre Aktivitäten frei ausüben und ihre gesellschaftliche Bedeutung wird anerkannt. Seit 2018 steuert die Regierung auch Mittel zur Finanzierung von Zypern Pride bei. Darüber hinaus erhielt auch ILGA-Europe 2019 erstmals in Anerkennung ihrer wichtigen Rolle bei der Ausbildung lokaler zivilgesellschaftlicher Aktivist_innen in ganz Europa und damit auch in Zypern finanzielle Unterstützung von der Regierung. Das Gesundheitsministerium arbeitet außerdem eng mit Organisationen zusammen, die sich der Prävention des menschlichen Immunschwächevirus HIV widmen, um gezielt HIV-bezogene Maßnahmen innerhalb der LGBTI-Gemeinschaft zu finanzieren. Besonders erwähnenswert ist auch das Hissen der Regenbogenflagge vor dem Außenministerium anlässlich des *IDAHOBIT 2019, was es bis dahin noch bei keinem Ministerium der Republik Zypern gegeben hatte. Mehrere zypriotische Botschaften zeigten sich solidarisch und hissten ebenfalls die Regenbogenflagge. So setzte die zypriotische Regierung weltweit ein klares Zeichen für die Unterstützung der Rechte der LGBTI-Community überall in der Welt.*

NORDEN

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich mit LGBTI-Fragen befassen, müssen beim Bezirksamt einen Antrag auf Registrierung und Genehmigung stellen und dabei die Namen der Gründungsmitglieder angeben. Diese werden in einem versiegelten Umschlag übergeben und vom Bezirksamt abgestempelt, ohne dass der Umschlag geöffnet wird. Jedes Jahr wird eine Liste neuer Mitglieder nach dem gleichen Verfahren übergeben. Dies hat eine abschreckende Wirkung auf mögliche Mitglieder von LGBTI-Organisationen, die lieber anonym bleiben möchten und befürchten, durch dieses Verfahren ihre Anonymität zu verlieren. Die EU hat der türkisch-zyprischen Volksgruppe im Rahmen des EU-Förderprogramms und durch kleinere Initiativen Fördermittel für Projekte zur Verfügung gestellt. Auch einige ausländische Vertretungen bieten finanzielle Unterstützung in geringer Höhe an. Eine uneingeschränkte Kooperation der Ministerien in LGBTI-Fragen gibt es jedoch nicht. So veröffentlichte das Büro des Bürgerbeauftragten einen Bericht über eine Klage von Envision Diversity gegen das Bildungsministerium wegen der Ablehnung eines Pilotprogramms zur sexuellen Aufklä-

rung und zu den Rechten von LGBTI-Schüler_innen der Sekundarstufe. Die Stadtverwaltung von Nord-Nikosia (Nicosia Turkish Municipality) hat den Belangen der LGBTI-Community und auch den seit 2014 stattfindenden Pride-Paraden ihre volle Unterstützung zugesichert.

6. Asylrecht

SÜDEN

Nach der geltenden Gesetzgebung gehört die Verfolgung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität zu den Gründen, die Migrant_innen zur Beantragung von Asyl in der RZ angegeben können, wenn sie in ihrem Herkunftsland um ihr Leben fürchten müssen (Ο περί Προσφύγων Νόμος του 2000 (6(I)/2000) – Flüchtlingsgesetz von 2000 (6 (I)/2000), 2000).

NORDEN

Es gibt kein allgemeines Gesetz, das Regeln und Verfahren festlegt, nach denen Asylbewerber_innen oder Flüchtlinge Asyl beantragen können, wenn sie in ihrem Herkunftsland egal aus welchem Grund der Verfolgung ausgesetzt sind und um ihr Leben fürchten müssen.

VI

NÄCHSTE SCHRITTE ZUR VERWIRKLICHUNG DER GLEICHBERECHTIGUNG VON LGBTI-PERSONEN

Die aktuelle Gesetzeslage auf beiden Seiten der Insel zeichnet sich nicht nur durch das Fehlen von Rechtsvorschriften zur Wahrung der Rechte der LGBTI-Gemeinschaft aus, sondern auch durch Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung, Genderidentität und Geschlechtsmerkmalen. Die aktuelle politische Lage, die anhaltende Spaltung der Insel und die bisher nicht erzielte Verhandlungslösung machen das gemeinsame Vorgehen der beiden Volksgruppen so gut wie unmöglich. Vielmehr müssen sie sich unabhängig voneinander dafür einsetzen, dass die Entscheidungsträger_innen in ihrem jeweiligen Inselteil die internationalen Mindeststandards für LGBTI-Rechte erfüllen – wie sie im Europäischen Regenbogen-Index von ILGA reflektiert sind. Dabei werden auf beiden Seiten unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt, doch gibt es auch gewisse Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die Ziele der LGBTI-Gemeinschaft. Dazu zählen:

1. Trans- und Intersex-Rechte – rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität

Vielen Transsexuellen wird das Alltagsleben dadurch erschwert, dass ihr nach dem Gesetz definiertes Geschlecht, wie es auf Ausweisen und anderen amtlichen Dokumenten angegeben ist, nicht mit ihrer Geschlechtsidentität übereinstimmt. So werden alltägliche Handlungen, wie das Abholen eines Pakets von der Post, eine Stellenbewerbung, das Einchecken am Flughafen oder auch eine Reklamation oder Beschwerde, immer wieder zu einem Grund für Schikanen, unbegründete Verdächtigungen und sogar Gewalt. Ziel und Zweck der Verfahren zur Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit ist es, durch die offizielle rechtliche Anerkennung des Geschlechts von Trans-Personen derartige Fälle von Diskriminierung und Marginalisierung zu verhindern. Die Anerkennung der Geschlechtsidentität ist mehr als nur ein Verwaltungsakt: Für viele Transsexuelle ist sie eine Grundvoraussetzung für ein Leben in Würde und Respekt (TGEU - Transgender Europe, n.d.).

SÜDEN

Erste Forderungen nach einem Gesetz, das Trans- und Intersexuellen die Änderung ihres Geschlechts in ihren amtlichen Dokumenten durch Selbstbestimmung und ohne die Notwendigkeit invasiver Verfahren ermöglicht, wurden bereits im Jahr 2013 von Accept – LGBTI Cyprus erhoben und unter

dem Motto „Free To Be“ auf dem Zypern Pride Festival von 2015 erstmals öffentlich zum Ausdruck gebracht (Kamenou, 2019a). Im Jahr 2016 bat Accept – LGBTI Cyprus die Abteilung Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität (SOGI) des *Europarats* um Unterstützung für mehr lokale Forschungsarbeit hinsichtlich der Situation von Trans-Personen. Der Europarat finanzierte daraufhin zwei Studien: die eine betrifft die gesetzlich verankerten Rechte von Transsexuellen im internationalen Umfeld im Vergleich zu ihren Rechten in Zypern und die zweite befasst sich mit den sozialen Gegebenheiten für Transsexuelle in der RZ. Darüber hinaus beauftragte SOGI im Jahr 2017 Rechtsexpert_innen aus Malta und Zypern mit der Erarbeitung eines Gesetzentwurfs. Jener wurde im November desselben Jahres dem Präsidenten Zyperns vorgelegt und bildete die Grundlage für einen offiziellen Gesetzentwurf des Ministeriums für Justiz und öffentliche Ordnung vom Mai 2018. Seitdem hat der Gesetzentwurf aufgrund von Anfragen von juristischer Seite sowie infolge der Ergebnisse einer öffentlichen Befragung mehrere Transformationen durchlaufen. Ziel der Regierung ist es, den Gesetzentwurf im Januar 2020 dem zypriotischen Parlament vorzulegen, das dann im Laufe des Jahres darüber abstimmen soll.

Ein zentraler Aspekt des Gesetzentwurfs ist das Recht auf Selbstbestimmung. So ist darin vorgesehen, dass Menschen, die von den angebotenen Rechten Gebrauch machen möchten, sich dazu keinerlei medizinischer Eingriffe unterziehen müssen. Der Entwurf sieht eine Verpflichtung der staatlichen Behörden zur Änderung des Geschlechts und des Namens einer Person auf allen ihren offiziellen Dokumenten vor. Außerdem stellt er Instrumente bereit, die es Betroffenen ermöglichen sollen, die Änderung ihrer Dokumente auch bei anderen öffentlichen oder privaten Einrichtungen zu verlangen. Eine Forderung der Zivilgesellschaft war auch die Einführung einer Kennzeichnung als „geschlechtslos“. In der Debatte um das neue Gesetz wurde diese Forderung jedoch nicht aufgegriffen, da sie mit bestehenden Gesetzen in Konflikt steht, die Personen aufgrund ihres Geschlechts besondere Rechte einräumen, wie zum Beispiel das Renteneintrittsalter für Frauen.

NORDEN

Mit Änderung 9/2004 von Artikel 33 Absatz 3 des entsprechenden Gesetzes 2/1975 über Geburten und Todesfälle wurde es in der TRNZ im Jahr 2004 möglich, sich nach einer

medizinischen Geschlechtsumwandlung mit dem neuen Geschlecht zu registrieren. Doch einen vollständigen Schutz der Rechte von LGBTI-Personen, wie sie im entsprechenden internationalen Recht und in den Menschenrechtsabkommen definiert sind, gewährt dieses Gesetz nicht. Folgende Schritte sollten daher in der TRNZ ergriffen werden:

- a. Aufhebung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, die nicht-binäre Geschlechtsidentitäten oder Transgender-Identitäten als krankhaft bezeichnen und die Sterilisation der betroffenen Bürger_innen fordern.
- b. Aufhebung der Bestimmungen, nach denen Trans-Personen sich entweder als männlich oder weiblich registrieren müssen. Einführung von Gesetzen, die nicht-binäre Geschlechtsbezeichnungen anerkennen, sowie die Einführung einschlägiger Gesetze, die in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der freien Entfaltung der Geschlechtsidentität Personalausweise ohne Geschlechtsbezeichnung zulassen.
- c. Einführung eines Gesetzes, das die freie Entfaltung der Geschlechtsidentität von Transsexuellen garantiert, sowie eines Gesetzes zum Schutz der Rechte von Intersexuellen.
- d. Einführung von Rechtsvorschriften, die das geltende Recht mit den in der Klassifikation ICD-11 definierten Standards in Bezug auf die Entfaltung der Geschlechtsidentität in Einklang bringen und Bestimmungen aufheben, die die Entfaltung der Geschlechtsidentität pathologisieren. Im Einklang mit einschlägigen internationalen Rechtsvorschriften und Menschenrechtsbestimmungen müssen die Fortpflanzungsrechte von Menschen, die sich einer medizinischen Behandlung zur Geschlechtsangleichung unterzogen haben, gesetzlich verankert werden. Die Sterilisierung darf nicht länger eine Voraussetzung für die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität einer Person sein. Dabei ist insbesondere zu bedenken, dass die Weltgesundheitsorganisation Geschlechts-Inkongruenz in ihrem neuen überarbeiteten Krankheitskatalog ICD-11 nicht mehr als krankhaft einordnet.

2. Die Rechte Trans- und Intersexueller – geschlechtsangleichende Operationen auf Staatskosten

Im Süden wie im Norden der Insel wird die volle Finanzierung geschlechtsangleichender Operationen durch die zuständigen Behörden gefordert. Zwar gibt es in der RZ einige auf Transsexuelle zugeschnittene Gesundheitsleistungen in Form von Hormon- und Psychotherapiemöglichkeiten, doch werden die Kosten für geschlechtsangleichende Operationen von Transsexuellen, die eine solche Operation wünschen, in keinem der beiden Inselteile vom Staat getragen. Da Operationen dieser Art in Zypern selbst gar nicht angeboten werden, sollte der Staat die Kosten für deren Durchführung im Ausland übernehmen.

3. In-vitro-Fertilisation (IVF)

SÜDEN

Nach aktueller Gesetzeslage ist IVF für gleichgeschlechtliche Paare verboten und nur heterosexuellen Paaren erlaubt. Accept – LGBTI Cyprus hat diese Diskriminierung, von der lesbische Paare besonders betroffen sind, bereits kritisiert und eine Gesetzesänderung gefordert.

NORDEN

In Nordzypern gibt es keine umfassenden gesetzlichen Regelungen in Bezug auf IVF. Das Recht lesbischer Personen auf IVF sowie auf die automatische Elternschaft beider Partnerinnen in der lesbischen Beziehung nach der Geburt des Kindes sollte daher voll anerkannt werden.

4. Gleichstellung der Ehe

SÜDEN

Eingetragene Lebenspartnerschaften wurden im Jahr 2015 von der Republik Zypern gesetzlich anerkannt. Obwohl Paare in eingetragenen Lebenspartnerschaften (auch gleichgeschlechtliche Paare) nach dem Gesetz gleiche Rechte wie verheiratete Paare genießen, dürfen sie keine Kinder adoptieren. *Auch eine im Ausland eingetragene Partnerschaft wird gesetzlich anerkannt, nicht jedoch eine im Ausland geschlossene standesamtliche Ehe gleichgeschlechtlicher Paare.* Es hat Fälle gegeben, in denen gleichgeschlechtliche Eheleute aufgefordert wurden, sich zur Wahrung ihrer Rechte scheiden zu lassen und eine eingetragene Partnerschaft einzugehen. Nur so ließen sich ihre Rechte – beispielsweise das Aufenthalts- und Arbeitsrecht eines/einer ausländischen Partners/Partnerin in Zypern oder die Erbrechte eines Paares – wahren. Diese Vorgehensweise ist mit dem Gleichstellungsgrundsatz unvereinbar und es wird daher das Recht gleichgeschlechtlicher Paare auf eine standesamtliche Eheschließung gefordert.

NORDEN

Verfassungsrechtlich ist die Ehe in Nordzypern als eine Vereinigung zwischen einem Mann und einer Frau definiert. In den meisten europäischen Ländern und auch in Drittländern wie etwa Taiwan und Uruguay sind gleichgeschlechtliche Ehen oder Lebenspartnerschaften gesetzlich anerkannt. Es sollten daher auch in der TRNZ Rechtsvorschriften zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare eingeführt werden.

5. Adoption

Sowohl im Süden als auch im Norden Zyperns herrscht für gleichgeschlechtliche Paare derzeit Adoptionsverbot. Diese Situation steht den Interessen des Kindes entgegen. Auch Adoptionen durch Alleinerziehende kommen, obwohl sie in beiden Teilen der Insel erlaubt sind, in der RZ nur sehr selten und im Norden so gut wie gar nicht vor. Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Paare sind daher auf beiden Seiten der Insel dringend erforderlich.

6. Homophobe und transphobe Hassreden und hassmotivierte Straftaten

SÜDEN

In der Republik Zypern sind homophobe und transphobe Hassreden seit 2015 strafbar und seit 2017 werden von den Gerichten Zusatzstrafen für homophobe und transphobe Gewalttaten verhängt.

Im Jahr 2016 forderte Accept – LGBTI Cyprus im Rahmen dieses Gesetzes eine Untersuchung der öffentlichen homophoben Äußerungen des Erzbischofs von Zypern. Diese Forderung wurde jedoch von der Generalstaatsanwaltschaft ignoriert. Erst im Jahr 2019 kam es nach einem öffentlichen Aufruhr über die homophoben Äußerungen des Bischofs von Morphou tatsächlich zu einer Untersuchung, die indes nicht zu einer Klage vor Gericht führte (Hatzivasilis, 2019). Dies blieb in der Zeit von 2015 bis 2019 der einzige Fall von homophobischer Rhetorik, der jemals polizeilich untersucht wurde. Von einem Schutz der LGBTI-Gemeinschaft vor homophoben Äußerungen durch das Gesetz kann daher nicht die Rede sein. Denn der Nachweis des Motivs, der nach dem Gesetz erbracht werden muss, um einen Beklagten für schuldig zu befinden, ist beinahe unmöglich. Daher bedarf es dringend einer Änderung des Gesetzes, um seine Wirksamkeit sicherzustellen.

NORDEN

Mit der Änderung des Strafgesetzbuches im Jahr 2014 wurden auch Artikel eingeführt, die das Verbot von Hassreden und hassmotivierten Taten aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität betreffen. Doch hat es bisher noch kein einziges Gerichtsverfahren gegeben, in dem ein(e) Beklagte(r) der Anstiftung zur Homophobie oder unverhohlener Hassreden beziehungsweise anderer hassmotivierter Taten beschuldigt wurde.

7. Arbeit und Beschäftigung

SÜDEN

Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung ist in der Republik Zypern seit dem 1. Mai 2004 gesetzlich verboten. Jedoch mangelt es an einem ausdrücklichen Verbot von Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität oder aufgrund von Geschlechtsmerkmalen. Bereits im Jahr 2015 hatte sich Accept um die Unterstützung der Gewerkschaften in Bezug auf Inklusivität am Arbeitsplatz bemüht. Dies sollte durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschulungen sowie eine verstärkte Vertretung der LGBTI-Community in Betrieben erreicht werden. Nennenswerte Fortschritte sind jedoch diesbezüglich noch nicht erzielt worden.

NORDEN

Das Arbeitsrecht für den öffentlichen wie auch den privaten Sektor enthält derzeit weder spezifische Bestimmungen für einen Mindestschutz gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz noch ein Verbot von Belästigungen (jeder Art) aufgrund von sexueller Orientierung und Genderidentität. Eines der wichtigsten kurz- und mittelfristigen Ziele der türkisch-zyprischen

LGBTI-Gemeinschaft ist die Angleichung des nationalen Rechts an internationale und europäische Standards zum Schutz von LGBTI-Personen am Arbeitsplatz. Zu ihren Zielen und Vorschlägen gehören unter anderem:

- a. Gesetzentwürfe für Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetze und für Gesetze über Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsplatz sowie in Bezug auf den Zugang zu / die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen. Diese wurden im Jahr 2014 erarbeitet und 2015 im Rahmen der Gesetzgebenden Versammlung dem Rechtsausschuss vorgelegt. Sie enthalten Vorschriften zum Verbot von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität und auch Artikel zur Förderung der Gleichstellung durch Beseitigung der Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung und Geschlechtsmerkmalen.
- b. Aufnahme von Bestimmungen zur Anerkennung der Geschlechtsidentität in die oben genannten Gesetze, da Trans-Personen im Berufsleben und am Arbeitsplatz häufiger und stärker als andere Menschen unter Diskriminierung leiden und daher besonders schutzbedürftig sind.

8. Zwangsbehandlung durch „Konversionstherapie“

In einigen Ländern gibt es ein generelles Verbot unfreiwillig durchgeführter „Konversionstherapien“. Zudem hat es in jüngster Zeit eine Reihe von Gerichtsverfahren gegeben, bei denen Zwangsbehandlungen mit medizinischen Verfahren zur körperlichen Angleichung nicht geschlechtskonformer Personen an das binäre Geschlechtssystem strengstens untersagt wurden (BBC News, 2016). Auch in Zypern sollte auf beiden Seiten der Insel ein solches Verbot von Zwangsbehandlungen durch „Konversionstherapien“ eingeführt werden.

9. Psychische Gesundheit

Es sind Gesetze zur Definition von psychischer Gesundheit erforderlich, die bestimmte ethische Grundsätze festlegen, die von Fachkräften im psychischen Gesundheitsdienst und klinischen Psycholog_innen bei ihrer Arbeit mit LGBTI-Personen zu beachten sind. Konversionstherapien, bei denen diese Fachkräfte oder klinischen Psycholog_innen LGBTI-Personen einer psychologischen Behandlung unterziehen, um ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität umzukehren, sollten generell verboten werden.

10. Schule und Erziehung

LGBTI-Personen sind in Schulen am häufigsten Mobbing und Belästigung ausgesetzt und leiden zudem unter Diskriminierung sowie stillschweigender Ausgrenzung (Ethemer, 2018). Mitunter kommt es auch zu gewalttätigen Angriffen, die das

Leben und die Sicherheit von LGBTI-Personen gefährden (Ethemmer, 2014). In Übereinstimmung sowohl mit internationalem Recht als auch mit Menschenrechtsstandards sowie genderpolitischen Grundsätzen besteht die dringende Notwendigkeit, sichere Zonen, geschlechtergerechte Schulumgebungen und Lehrpläne zu schaffen. Gesetze gegen Mobbing und Belästigung sind gleichsam zu erlassen (Çavuşoğlu, 2007). In jüngster Zeit hat man in einigen Ländern eine Bildungspolitik verfolgt, die nicht nur neue Maßstäbe für die Beratung von LGBTI-Personen zur Stärkung ihres Selbstbewusstseins setzt, sondern auch die Geschichte der LGBTI-Bewegung in den Lehrplan von Sekundarschulen einbezieht.

11. Wehrdienst

In Nordzypern dürfen schwule Männer und Transsexuelle keinen Militärdienst leisten. Den Vorschriften des Kommandos der Sicherheitskräfte zufolge gelten Homosexualität und Transsexualität noch immer als psychische Erkrankungen. Daher ist ein Gesetz erforderlich, das es LGBTI-Personen ermöglicht, diskriminierungsfrei im Militär zu dienen. Außerdem muss die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung für Menschen, die keinen Militärdienst leisten möchten, gesetzlich verankert werden.

VII

SCHLUSSBEMERKUNGEN UND FAZIT

In diesem Bericht geht es um die Frage, inwieweit LGBTI-Menschen in Zypern Rechte auf Gleichheit und Nichtdiskriminierung genießen. Zu diesem Zweck wurden hier Erfahrungen aus dem Leben sexuell und geschlechtlich nicht konformer Menschen zusammengetragen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen, politischen Maßnahmen und Institutionen zur Bekämpfung von Diskriminierung sowie der Förderung der Gleichstellung und sozialen Gerechtigkeit für alle wurden dargestellt und untersucht.

Von einer Erreichung regionaler oder internationaler Standards in Bezug auf die Rechte und den sozialen Status von LGBTI-Personen ist Nordzypern heute noch weit entfernt. Zudem werden die Bemühungen um Gleichstellung der LGBTI-Gemeinschaft durch die selbst erklärte Unabhängigkeit der TRNZ erschwert, die von der internationalen Staatengemeinschaft nicht rechtlich anerkannt wird. Daraus ergeben sich zusätzliche Schwierigkeiten für LGBTI-Aktivist_innen und die Zivilgesellschaft im Norden der Insel. Denn trotz ihres großen Engagements für soziale Gerechtigkeit und demokratische Werte finden sie gegen die Verfolgung und Benachteiligungen, die ihnen das Leben erschweren, wenig Unterstützung in regionalen und internationalen Systemen, da diese zumeist staatszentriert sind.

Nordzypern ist im Umgang mit der Frage der Gleichheit und Nichtdiskriminierung von LGBTI-Personen in zwei Lager gespalten: Auf der einen Seite gibt es Akteur_innen, welche die Wiedervereinigung der Insel, das Ende der derzeitigen politischen Pattsituation, die Europäisierung und Demokratisierung des Landes wünschen sowie einen liberaleren Ansatz in Bezug auf die Rechte von LGBTI-Personen verfolgen. Auf der anderen Seite stehen die Verfechter des nationalistischen Status Quo, die sich den Zielen rechtsradikaler politischer Kräfte angeschlossen haben und sich sowohl der rechtlichen als auch faktischen Gleichstellung von LGBTI-Personen widersetzen. Die Debatte über die Gleichstellung und Nichtdiskriminierung von LGBTI-Personen im Norden Zyperns ist stark von diesen beiden unvereinbaren Ausrichtungen geprägt. Eine besondere Rolle für die LGBTI-Bewegung spielte außerdem die Aussicht auf den im Jahr 2004 erfolgten EU-Beitritt Zyperns, der einen entscheidenden Wendepunkt in der Politik darstellte. Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft und eine mögliche Wiedervereinigung der Insel ebnete den Weg für

die Bildung einer Zivilgesellschaft und sozialer Protestbewegungen inklusive der Bewegung zur Durchsetzung der Rechte von LGBTI-Personen.

Dieser wichtige Meilenstein in der LGBTI-Politik und Mobilisierung der Öffentlichkeit für LGBTI-Ziele hat jedoch wenig zur Verbesserung der Lebensbedingungen für die LGBTI-Gemeinschaft beigetragen. Denn die Behörden im Norden Zyperns reagierten bisher kaum und nur sehr langsam auf gestellte Forderungen. Die eingeführten Rechtsvorschriften zur Gleichstellung der Geschlechter und Geschlechtsidentitäten bleiben zumeist hinter den geltenden internationalen und regionalen Standards zurück. So leiden LGBTI-Personen im Norden weiterhin unter Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen. Zusammenfassend ist festzustellen, dass sie rechtlich, sozial, politisch, wirtschaftlich und kulturell als Bürger_innen zweiter Klasse angesehen werden. Als Außen-seiter_innen abgestempelt werden ihnen somit der Schutz und die Rechte eines Staatsbürgers aberkannt. Es besteht daher in der TRNZ ein dringender Bedarf an Gesetzesänderungen durch die Behörden. Ebenso wichtig ist auch die behördliche Unterstützung von Initiativen der Zivilgesellschaft, die einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung von Homophobie, Biphobie, Transphobie und anderen Formen der Stigmatisierung in der Gesellschaft leisten. Ferner treten sie für eine Beseitigung aller Arten von Diskriminierung in allen Bereichen des Lebens sowie zur Schaffung einer gerechten Gesellschaft für alle ein.

Auch die LGBTI-Politik in der Republik Zypern wurde durch das gesellschaftspolitische Umfeld geprägt. Dieses ist durch die Dynamik eines vielschichtigen und übergreifenden Zusammenspiels zwischen lokalen und EU-Normen sowie politischen Diskursen über Nationalität, Gender und Sexualität gekennzeichnet. Seit ihrer Gründung hat sich die Organisation Accept durch ihre Politik und mithilfe von Diskursen und Praktiken, die von EU-Institutionen und transnationalen LGBTI-NROs gefördert werden, erfolgreich für die Anerkennung verschiedener LGBTI-Rechte eingesetzt. Außerdem hat sie wichtige Schritte zur Stärkung des sozialen Bewusstseins für die Ungleichbehandlung von LGBTI-Personen und die Notwendigkeit, dagegen vorzugehen, unternommen. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Nutzung von Möglichkeiten und Instrumenten, die der Prozess des EU-Beitritts respektive der Europäisierung der RZ den lokalen Aktivist_innen

innen bot. Wie dieser Bericht zeigt, können nationale sowie transnationale Diskurse und Paradigmen bei kritischer Anwendung auf lokaler Ebene zur Reflexivität anregen. Dadurch wird ein intersektionales Bewusstsein gefördert, das wiederum der Entwicklung einer intersektionalen Politik für LGBTI-Personen dient. Diese Politik gewinnt zunehmend an Bedeutung und schwächt die intra- und interethnischen Spaltungen innerhalb von Gruppen, die Privilegierung von Heterosexualität und Zissexualität sowie die essentialistischen Vorstellungen von Nationalität, ethnischer Identität und des kollektivem Selbst.

Es gab in jüngster Zeit rechtliche und politische Entwicklungen, die auf eine gewisse Bereitschaft hindeuten, Forderungen nach LGBTI-Gleichstellung nachzukommen und LGBTI-Themen in den politischen Diskurs aufzunehmen. Dennoch bilden auf Heterosexualität und Zissexualität zentrierte Vorstellungen und Verhaltensweisen nach wie vor die Basis des politischen Lebens in Zypern. Dies zeigt sich zum Beispiel an dem langwierigen Prozess der Durchsetzung des Gesetzes über Hassreden hinsichtlich homophober und transphober Äußerungen von führenden Repräsentanten der orthodoxen Kirche Zyperns. Nicht zuletzt wird es auch daran deutlich, dass der Begriff Menschenrechtsverletzungen in der Republik Zypern weiterhin fast ausschließlich mit dem Unrecht verbunden ist, das die eine ethnonationale Gruppe durch die verfeindete ethnonationale Gruppe erfahren hat. Die Menschenrechtsverletzungen des Staates und der ethnonationalen Gemeinschaft gegenüber ihren sexuell und geschlechtlich nicht konformen Mitgliedern werden dagegen so gut wie gar nicht wahrgenommen.

Doch gibt es durchaus auch positive Entwicklungen zu verzeichnen. Nicht alle stimmen mit dem Bestreben nach Kontrolle, Eingrenzung, Regulierung und Konformität im Bereich Sexualität und Genderidentität überein, sondern es gibt auch viel Widerstand dagegen. Selbst in einem Land wie Zypern, das durch ethnische Spaltungen und Konflikte gekennzeichnet ist, kann LGBTI-Aktivismus Gruppenzwang und nationalistisches Denken überwinden und ein kollektiveres und inklusiveres Verständnis von Identität und Staatsbürgerschaft fördern. Eine Voraussetzung dafür ist allerdings, dass es den Akteur_innen gelingt, ethnische und andere Spaltungen zu überwinden. In Zypern sowie andernorts haben Lücken in den nationalen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen zum Schutz der LGBTI-Gemeinschaft und der Widerstand gegen die Gleichstellung von LGBTI-Personen aufseiten mächtiger sozioökonomischer, politischer und institutioneller Akteur_innen dazu beigetragen, dass LGBTI-Politik im kollektiven Bewusstsein wieder an Bedeutung gewonnen hat. Dabei stehen der Kampf gegen intersektionale Ungerechtigkeit und für eine stärkere interethnische und transnationale Mobilisierung für LGBTI-Ziele im Mittelpunkt. Eine solche LGBTI-Mobilisierung und politische Organisation wird dadurch möglich, dass sich durch die Verschmelzung, die Überschneidung sowie das Zusammenspiel

von nationalen und transnationalen Diskursen und Paradigmen neue Handlungsspielräume öffnen (Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou,2016; Kamenou, 2019a; Kamenou, 2019b; Kamenou,2020).

Mit den hier gebotenen Einblicken soll LGBTI-Aktivist_innen, Gesetzgebern beziehungsweise politischen Entscheidungsträger_innen aber auch Wissenschaftler_innen die Möglichkeit gegeben werden, sich differenzierter mit den komplexen Prozessen der Handlungs- und Politikgestaltung für die LGBTI-Gemeinschaft auseinanderzusetzen. Darüber hinaus könnten diese Einblicke auch als Grundlage für die Schaffung rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen dienen, die der jeweiligen Situation angemessen sind und grundlegende Veränderungen im Leben von LGBTI-Personen bewirken. Schließlich könnten die gewonnenen Erkenntnisse auch dazu beitragen, bisher unterdrücktes Wissen offenzulegen. So können neue Politikansätze formuliert und neue Verhaltensweisen entwickelt werden, die das Recht von LGBTI-Personen auf Selbstbestimmung anerkennen und sie dabei unterstützen, ihren Platz in ihrem jeweiligen kulturellen Umfeld selbst zu definieren. Besonders wichtig sind die Lehren, die aus der Untersuchung der LGBTI-Bewegung in Zypern und ihrer Interaktion mit dem sozialen, politischen und kulturellen Umfeld, in dem sie sich befindet, gezogen werden können. Darüber hinaus lassen sich diese Erkenntnisse auch auf andere von Nationalismus und Konflikten geprägte Gesellschaften übertragen, in denen die Gleichstellung und Handlungsfähigkeit von LGBTI-Personen und ihre Möglichkeiten zur Selbstbestimmung alles andere als selbstverständlich sind. Mit dem zunehmenden Einfluss nationalistischer Kräfte und dem Machtzuwachs von Kräften, die den hart erkämpften, aber fragilen Errungenschaften der LGBTI-Bewegung ablehnend gegenüberstehen, sind diese Möglichkeiten leider selbst dort gefährdet, wo sie einst als selbstverständlich galten.

Als angeblich liberaler und demokratischer Staat sollte die Republik Zypern Parallelen ziehen zwischen Anti-LGBTI-Propaganda und Versuchen, demokratische Grundprinzipien zu untergraben. Sie sollte sich verstärkt dafür einsetzen, die Menschenrechte der LGBTI-Gemeinschaft sowohl rechtlich als auch faktisch anzuerkennen und zu schützen. Damit die zyprische LGBTI-Bewegung für diejenigen, die sie repräsentieren soll, bedeutsam bleibt, müssen sich lokale Akteur_innen an der Basis mit Fragen der intersektionalen Marginalisierung auseinandersetzen und diese in den Vordergrund des politischen Handelns rücken. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich das Aktivismus-Konzept durch eine Perspektiven- und Stimmenvielfalt jenseits von starren Identitätsvorstellungen, Privilegien und hierarchisierenden Unterscheidungsmerkmalen auszeichnet.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AKOK	Gay Liberation Movement
CCMC	Cyprus Community Media Center
CFPA	Cyprus Family Planning Association
CTP	Republikanisch-Türkischen Partei
EGMR	Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäischen Menschenrechtskonvention
EU	Europäischen Union
FEMA	Feminist Atelier
HOKI	Initiative gegen Homophobie
IDAHOBIT	Internationalen Tag gegen Homophobie, Biphobie und Transphobie
ILGA	International Gay and Lesbian Association
LGBTI	Gemeinschaft der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen
LISTAG	Familien von LGBT-Personen in Istanbul
MAGEM	Jugendorganisation Famagusta, Jugendzentrum Mağusa Gençlik Merkezi/Famagusta
NRO	Nichtregierungsorganisation
QCA	Queer Cyprus Association
RZ	Republik Zypern
SOGI	Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität
TDP	Sozialistischen Demokratischen Partei
TRNZ	Türkische Republik Nordzypern
USA	Vereinigten Staaten von Amerika

ANHANG I

Auszug aus dem Strafgesetzbuch der Republik Zypern, nach dem Homosexualität von 1960 bis 1998 unter Strafe stand. Die Rechtsakte gegen „widernatürliche Unzucht“ wurden im Strafgesetzbuch (Kapitel 154 des Gesetzbuches) wie folgt definiert:

Strafgesetzbuch (Kapitel 154)**Artikel 171,**

Jede Person, die

- (a) gegen die Ordnung der Natur Geschlechtsverkehr mit einer Person hat, oder*
- (b) einer männlichen Person erlaubt, gegen die Ordnung der Natur Geschlechtsverkehr mit ihr zu haben, macht sich eines Verbrechens schuldig und kann mit einem Freiheitsentzug von fünf Jahren bestraft werden.*

Artikel 172,

Jede Person, die mit Gewalt eine der im vorstehenden Abschnitt genannten Straftaten begeht, macht sich eines Verbrechens schuldig und kann mit einem Freiheitsentzug von vierzehn Jahren bestraft werden.

Artikel 173,

Jede Person, die versucht, eine der in Abschnitt 171 genannten Straftaten zu begehen, macht sich eines Verbrechens schuldig und kann mit drei Jahren Freiheitsentzug bestraft werden. Wenn der Versuch mit Gewalt einhergeht, kann die Strafe sieben Jahre Freiheitsentzug betragen.

ANHANG II

Auszug aus dem Strafgesetzbuch der türkisch-zyprischen Regierung, nach dem Homosexualität von 1975 bis 2014 unter Strafe stand.

Strafgesetzbuch (Kapitel 154)**Artikel 171,**

Jede Person,

- (a) die mit einer anderen Person Geschlechtsverkehr hat; oder*
- (b) die dem Geschlechtsverkehr mit einem Mann gegen die Ordnung der Natur zustimmt, begeht ein schweres Verbrechen und kann mit einer Freiheitsstrafe von 5 Jahren bestraft werden.*

Artikel 172,

Personen, die eine in Artikel 171 genannte Straftat mit Zwang (Gewalt) begehen, können mit 14 Jahren Haft bestraft werden oder

Artikel 173,

Personen, die versuchen, eine in Artikel 171 genannte Straftat zu begehen, machen sich eines schweren Verbrechens schuldig und können mit einer Freiheitsstrafe von drei Jahren bestraft werden.

QUELLENANGABEN

- Accept – LGBTI Cyprus & Queer Cyprus**, 2012. Towards Inclusion: Healthcare, Education and the LGBT Community Conference Programme [Auf dem Weg zur Inklusion: Gesundheitsversorgung, Bildung und das LGBT Community-Konferenzprogramm]. Nikosia, s.n.
- Accept –LGBTI Cyprus**, 2014. Cyprus Pride 2014 Official Programme [Zypern Pride 2014 Offizielles Programm]. Nikosia: s.n.
- BBC News**, 2016. Malta bans 'gay cure' conversion therapy [Malta verbietet die „Gay-Cure“-Konversionstherapie]. [Online] Abgerufen bei: <https://www.bbc.co.uk/news/world-europe-38230937> [Abgerufen am 26. November 2019].
- Birth and Death Legislation [Rechtsvorschriften über Geburt und Tod]**, 2/1975 (Artikel 33 Absatz 3, geändert 9/2014), 1975. [Online] Abgerufen bei: <http://www.mahkemeler.net/birlestirilmis/2-1975.doc> [Abgerufen am 12. November 2019].
- Case of Modinos v. Cyprus [Fall Modinos gegen Zypern]**, 1993. [Online] Abgerufen bei: <https://hudoc.echr.coe.int/eng#{'appno': '15070/89', 'itemid': '001-57834'}> [Abgerufen am 20. Oktober 2019].
- Çavuşoğlu, H.**, 2007. <http://bianet.org/bianet/toplum/100161-kibrisin-kuzeyinde-lgbt>. [Online] Abgerufen bei: <http://bianet.org/bianet/toplum/100161-kibrisin-kuzeyinde-lgbt> [Abgerufen Dezember 2019].
- Criminal Code [Strafgesetzbuch], Artikel 174 (geändert 20/2014)**, 2014. [Online] Abgerufen bei: http://www.mahkemeler.net/birlestirilmis/f_154.doc [Abgerufen am 13. November 2019].
- Cyprus Bar Association [Anwaltskammer Zypern]**, 2019. Το Σύνταγμα της Κυπριακής Δημοκρατίας [Die Verfassung der Republik Zypern]. [Online] Abgerufen bei: <http://www.cylaw.org/nomoi/enop/non-ind/syntagma/full.html> [Abgerufen am 19. November 2019].
- Diez, T. & Tocci, N.**, 2009. Cyprus: A Conflict at the Crossroads [Zypern: Ein Konflikt am Scheideweg]. Manchester: Manchester University Press.
- Envision Diversity [Vorstellen der Vielfalt]**, 2018 [Online] Abgerufen bei: <http://www.yeniduzen.com/envision-diversity-bahar-sempozyumlari-basliyor-87280h.htm> [Abgerufen am 27. November 2019].
- Ethemer, E.**, 2014. Yaşadığımız Toplum ‚Hoşgörülü‘ Değil. [Online] Abgerufen bei: <http://www.kibrispostasi.com/index.php/cat/35/news/148092> [Abgerufen 2019].
- Ethemer, E.**, 2018. Tacizler durmalı. [Online] Abgerufen bei: <https://www.diyaloggazetesi.com/kibris/tacizler-durmali-h59799.html> [Abgerufen Dezember 2019].
- Evrpidou, S.**, 2013. Honour for activist who battled two decades for gay rights [Ehrung für einen Aktivist, der zwei Jahrzehnte für die Rechte der Schwulen gekämpft hat]. [Online] Abgerufen bei: <https://cyprus-mail.com/old/2013/12/17/honour-for-activist-who-battled-two-decades-for-gay-rights/> [Abgerufen am 23. Oktober 2019].
- Featherstone, K.**, 2000. Cyprus and the Onset of Europeanization: Strategic Usage, Structural Transformation and Institutional Adaptation [Zypern und der Beginn der Europäisierung: Strategische Nutzung, Strukturwandel und institutionelle Anpassung]. South European Society and Politics [Südeuropäische Gesellschaft und Politik], 5 (2), Seiten 141-164.
- H.Ç. v. Turkey** (2014).
- Hatzivasilis, M.**, 2019. Πόρισμα Αστυνομίας: Αθώος ο μητροπολίτης Μόρφου [Polizeibericht: Unschuldig ist der Bischof von Morphou]. [Online] Abgerufen bei: <http://www.philenevs.com/koinonia/eidiseis/article/773439/porisma-astynomias-athoos-o-mitropolitis-morfoy> [Abgerufen am 21. November 2019].
- Helferich, B. & Kolb, F.**, 2001. Multilevel Action Coordination in European Contentious Politics: The Case of the European Women's Lobby [Mehrstufige Handlungskoordination in der europäischen Streitkultur: Der Fall der Europäischen Frauenlobby]. In: D. Imig & S. Tarrow, eds. Contentious Europeans: Protest and Politics in an Emerging Polity [Umstrittene Europäer: Protest und Politik in einer aufstrebenden Politik]. Lanham, MD: Rowman & Littlefield, Seiten 143-162.
- Human Dignity Trust**, 2019. [Online] Abgerufen bei: https://www.humandignitytrust.org/wp-content/uploads/resources/HDT-TRNC-Report_web.pdf [Abgerufen am 26. November 2019].
- Human Dignity Trust**, 2019. Reform of the Discriminatory Sexual Offences Laws in the Commonwealth and Other Jurisdictions: Case Study of Northern Cyprus [Reform der diskriminierenden Gesetze über Sexualstraftaten im Commonwealth und in anderen Gerichtsbarkeiten: Fallstudie Nordzypern], s.l.: Human Dignity Trust.
- ILGA-Europe**, 2009. ILGA-Europe. [Online] Abgerufen bei: <https://ilga-europe.org/what-we-do/our-work-supporting-movement/funder/ilga-europes-documentation-and-advocacy-fund-4> [Abgerufen am 3. November 2019].
- ILGA-Europe**, 2011. Rainbow Europe Länderindex, Mai 2011. [Online] Abgerufen bei: https://www.ilga-europe.org/sites/default/files/Attachments/map-b_side.pdf [Abgerufen am 20. November 2019].
- ILGA-Europe**, 2013. ILGA-Europe, Cyprus – ILGA-Europe Annual Review 2013 [ILGA-Europe, Zypern – ILGA-Europe Jahresbericht 2013]. [Online] Abgerufen bei: <https://www.refworld.org/pdfid/5195f1160.pdf> [Abgerufen am 20. November 2019].
- ILGA-Europe**, 2019. ILGA-Europe Regenbogenkarten-Index. [Online] Abgerufen bei: https://www.ilga-europe.org/sites/default/files/Attachments/rainbowmap2019online_0_0.pdf [Abgerufen am 20. November 2019].
- Jenkin, M.**, 2012. Gay Star News. [Online] Abgerufen bei: <https://www.gaystarnews.com/article/cashman-calls-end-gay-ban-northern-cyprus160412/> [Abgerufen am 17. November 2019].
- Johnson, P.**, 2012. BBC News. [Online] Abgerufen bei: <https://www.bbc.com/news/world-europe-16840318> [Abgerufen am 25. November 2019].
- Kamenou, N.**, 2011. Queer in Cyprus: National Identity and the Construction of Gender and Sexuality [Queer auf Zypern: Nationale Identität und die Konstruktion von Geschlecht und Sexualität]. In: L. Downing & R. Gillet, eds. Queer in Europe [Queer in Europa]. Surrey; Burlington, VT: Ashgate, Seiten 25-40.
- Kamenou, N.**, 2012. „Cyprus is the Country of Heroes, Not of Homosexuals“: Sexuality, Gender and Nationhood in Cyprus [„Zypern ist das Land der Helden, nicht der Homosexuellen“: Sexualität, Geschlecht und Nationalität auf Zypern]. Dissertation, London: King's College London. Abgerufen bei: <https://kclpure.kcl.ac.uk/portal/en/persons/nayia-kamenou/56025d9e-216f-43d4-a117-30872af09927/theses.html>.
- Kamenou, N.**, 2016. Sexual Politics-Party Politics: The Rules of Engagement in the Case of Cyprus [Sexuelle Politik – Parteipolitik: Die Regeln des Umgangs im Fall Zyperns]. In: G. Charalambous & C. Christophorou, eds. Party-Society Relations in the Republic of Cyprus: Political and Societal Strategies [Die Beziehungen zwischen Partei und Gesellschaft in der Republik Zypern: Politische und gesellschaftliche Strategien]. London; New York, NY: Routledge, Seiten 129-148.
- Kamenou, N.**, 2019a. Feminism in Cyprus: Women's Agency, Gender, and Peace in the Shadow of Nationalism [Feminismus auf Zypern: Feministische Organisationen, Gender und Frieden im Schatten des Nationalismus]. International Feminist Journal of Politics [Internationale Feministische Zeitschrift für Politik]. Zuerst online. DOI: 10.1080/14616742.2019.1687000.
- Kamenou, N.**, 2019b. Sexuality, Gender and the (Re)Making of Modernity and Nationhood in Cyprus [Sexualität, Geschlecht und die (Neu-) Gestaltung von Modernität und Nationalität auf Zypern]. Women's Studies International Forum [Internationales Forum der Frauenforschung], Band 74, Seiten 59-67.

- Kamenou, N.**, 2020. Difficult Intersections: Nationa(alism) and the LGBTIQ Movement in Cyprus [Schwierige Schnittpunkte: Nationa(alismus) und die LGBTIQ-Bewegung in Zypern]. In: E. Evans & E. Lepinard, eds. Intersectionality in Feminist and Queer Movements: Confronting Privileges (Routledge Advances in Feminist Studies and Intersectionality) [Intersektionalität in feministischen und Queer-Bewegungen: Konfrontation von Privilegien (Routledge Fortschritte in Feministischen Studien und Intersektionalität)]; New York, NY: Routledge.
- Kapsou, M.**, Christophi, A. & Epaminoda, M., 2011. Sexual Orientation in Cyprus: Mapping the Sociopolitical Climate, Experiences and Needs [Sexuelle Orientierung in Zypern: Erfassung des gesellschaftspolitischen Klimas, der Erfahrungen und Bedürfnisse], s.l.: Accept LGBTI CY; Cyprus Family Planning Association [Familienplanungsverband Zypern].
- Kibris Gazetesi**, 2018. [Online]
Abrufbar bei: <https://www.kibrisgazetesi.com/kultur-sanat/alman-kuir-film-festivali-basliyor-h37798.html> [Abgerufen am 26. November 2019].
- Kibris Postasi, G.**, 2011. Kibris Postasi. [Online]
Abrufbar bei: https://www.kibrispostasi.com/c35-KIBRIS_HABERLERI/n64950-TDP-dogaya-aykiri-iliski-yasasinin-iptali-icin-Bozere-onerge-sundu [Abgerufen am 25. November 2019].
- Kyris, G.**, 2011. Turkey, Cyprus and the Turkish Cypriot political parties: the ephemeral [Die Türkei, Zypern und die türkisch-zyprischen politischen Parteien: die vergänglichsten]. Turkish policy quarterly [Türkisch-Politik vierteljährlich], 10(2), Seiten 97-105.
- LGBT+ Conservatives [LGBT+ Konservative]**, 2013. Conservative MEP secures decriminalisation of homosexuality in Northern Cyprus [Konservativer Europaabgeordneter sichert die Entkriminalisierung der Homosexualität in Nordzypern]. [Online]
Abrufbar bei: <https://www.lgbtconservatives.org.uk/news/conservative-mep-secures-decriminalisation-homosexuality-northern-cyprus> [Abgerufen am 11. Dezember 2019].
- Mantis, S.**, 2014. Εφαρμογή Συμμετοχικής Δράσης –Ένα πειραματικό ταξίδι στις πραγματικότητες της ΛΟΑΤ κουλτούρας της Κύπρου [Umsetzung der partizipatorischen Maßnahmen - Eine experimentelle Reise zu den Realitäten der zyprischen LGBT-Gemeinschaft]. In: Σεξουαλικότητα: Απόψεις, Μελέτες και Βιώματα στον Κυπριακό και Ελλαδικό χώρο [Sexualität: Ansichten, Studien und Erfahrungen im zyprischen und griechischen Raum]. Athens, Greece: Colourful Planet.
- Marks, G. & McAdam, D.**, 1999. On the Relationship of Political Opportunities to the Form of Collective Action: The Case of the European Union [Zum Verhältnis von politischen Möglichkeiten zur Form des kollektiven Handelns: Der Fall der Europäischen Union]. In: D. della Porta, H. Kriesi & D. Rucht, eds. Social Movements in a Globalizing World [Soziale Bewegungen in einer sich globalisierenden Welt]. New York, NY: St. Martin's Press, Seiten 97-111.
- Northern Cyprus Constitution [Die Verfassung von Nordzypern]**, 1975. Mahkemeler. [Online]
Abrufbar bei: <http://www.mahkemeler.net/cgi-bin/anayasa/aing.doc> [Abgerufen am 17. November 2019].
- Ombudsman**, 2017. Ombudsman. [Online]
Abrufbar bei: <https://ombudsman.gov.ct.tr/BA%20C5%9EVURU-RAPORLARI/ArtMID/38993/ArticleID/94269/Ombudsman-Emine-Dizdar%20C4%B1-Envision-Diversity-Derne%20C4%B1Finin-raporunu-yay%20C4%B1nld%20C4%B1> [Abgerufen am 26. November 2019].
- Penal Legislation [Strafgesetzgebung] (Kap. 154/171 Abs. 1, 171 Abs. 2, 172)**, 2014. [Online]
Abrufbar bei: http://www.mahkemeler.net/birlestirilmis/f_154.doc [Abgerufen am 11. November 2019].
- PlanetOut**, 1998. Cyprus Repeals Sodomy Law [Zypern hebt das Sodomiegesetz auf]. [Online]
Abrufbar bei: <https://web.archive.org/web/20030712083343/http://www.planetout.com/news/article.html?1998/05/21/1> [Abgerufen am 23. Oktober 2019].
- Polycarpou, D.**, 2010. Country Report [Landesreport] 1, 2010: On the Situation of LGBT People in Cyprus [Zur Situation der LGBT-Menschen in Zypern], s.l.: s.n.
- Psilides, C.**, 2014. Cyprus Rally to run through north Nicosia [Zypern-Rallye läuft durch Nord-Nikosia]. [Online]
Abrufbar bei: <https://cyprus-mail.com/old/2014/09/04/cyprus-rally-to-run-through-north-Nicosia/> [Abgerufen am 3. November 2019].
- Psilides, C.**, 2014. Gay pride parade irks Holy Synod [Die Gay Pride Parade ärgert die Heilige Synode]. [Online]
Abrufbar bei: <https://cyprus-mail.com/old/2014/05/16/gay-pride-parade-irks-holy-synod/> [Abgerufen am 20. Oktober 2019].
- Queer Cyprus**, 2008. <https://www.queercyprus.org/en/history-of-qca/>. [Online]
Abrufbar bei: <https://www.queercyprus.org/en/> [Abgerufen am 23. Dezember 2019].
- Queer Cyprus**, 2010 <https://www.queercyprus.org/en/solidarity-andnetworking-conference-cyprus-2010>. [Online]
Abrufbar bei: <https://www.queercyprus.org/en/> [Abgerufen am 23. Dezember 2019].
- Queer Cyprus**, 2010. <https://www.queercyprus.org/en/history-of-qca/>. [Online] Abrufbar bei: <https://www.queercyprus.org/en/> [Abgerufen am 23. Dezember 2019].
- Queer Cyprus**, 2011. <http://www.queercyprus.org/tr/farkli-aileler-aynisevgi/>. [Online]
Abrufbar bei: <http://www.queercyprus.org/tr/farkli-ailelerayni-sevgi/> [Abgerufen am 23. Dezember 2019].
- Queer Cyprus**, 2011. <https://www.queercyprus.org/en/history-of-qca/>. [Online]
Abrufbar bei: <https://www.queercyprus.org/en/> [Abgerufen am 23. Dezember 2019].
- Queer Cyprus**, 2012. <http://www.queercyprus.org/en/2012/04>. [Online]
Abrufbar bei: <https://www.queercyprus.org/en/> [Abgerufen am 23. Dezember 2019].
- Queer Cyprus**, 2012. <https://www.queercyprus.org/en/history-of-qca/>. [Online]
Abrufbar bei: <https://www.queercyprus.org/en/> [Abgerufen am 23. Dezember 2019].
- Queer Cyprus**, 2015. <https://www.queercyprus.org/en/unsspoken/>. [Online]
Abrufbar bei: <https://www.queercyprus.org/en/> [Abgerufen am 23. Dezember 2019].
- Queer Cyprus**, 2015. Queer Cyprus Media Campaign [Queer Cyprus Medienkampagne], <https://www.queercyprus.org/en/unsspoken/>. [Online]
Abrufbar bei: <https://www.queercyprus.org/en/> [Abgerufen am 23. Dezember 2019].
- Queer Cyprus**, 2017. [Online]
Abrufbar bei: <https://www.queercyprus.org/en/unsspoken/> [Abgerufen am 27. November 2019].
- Queer Cyprus**, 2017. Speak the Unspoken Conference [Konferenz „Das Unausgesprochene aussprechen“] <https://www.queercyprus.org/en/speak-the-unsspoken-conference-on-lgbti-equalityand-counterering-discrimination-in-cyprus/>. [Online]
Abrufbar bei: <https://www.queercyprus.org/en/unsspoken/> [Abgerufen am 27. November 2019].
- Queer Cyprus**, 2019. Queer Cyprus EU Projects [Queer Cyprus EU-Projekte], [Online]
Abrufbar bei: <https://www.queercyprus.org/en/> [Abgerufen am 27. November 2019].
- Queer Cyprus**, 2019. United By Colours [Bunt und gemeinsam], [Online]
Abrufbar bei: <https://www.queercyprus.org/en/united-by-colours/>
Abrufbar bei: <https://www.queercyprus.org/en/> [Abgerufen am 27. November 2019].
- Sexual Offences Act [Gesetz über Sexualdelikte]** 1967 (Kap. 60), n.d. [Online]
Abrufbar bei: http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1967/60/pdfs/ukpga_19670060_en.pdf [Abgerufen am 1. November 2019].

Shortbus Movement, 2009. <https://shortbusmovement.org/actions/movie-screenings-film-gosterimleri/>. [Online]
 Abrufbar bei: <https://shortbusmovement.org/>. [Abgerufen am 23. Dezember 2019].

TGEU – Transgender Europe [Transsexuelles Europa], n.d. Legal Gender Recognition [Rechtliche Anerkennung des Geschlechts]. [Online]
 Abrufbar bei: <https://tgeu.org/issues/legal-gender-recognition/> [Abgerufen am 25. November 2019].

The Adoption Law [Das Adoptionsgesetz], 1954. Mahkemeler. [Online]
 Abrufbar bei: http://www.mahkemeler.net/birlestirilmis/f_274.doc
 [Abgerufen am 22. November 2019].

Yannakoudakis, M., 2013. London MEP welcomes progress in Cyprus gay ban repeal [Der Londoner Europaabgeordnete begrüßt die Fortschritte bei der Aufhebung des Schwulenverbots in Zypern]. [Online]
 Abrufbar bei: <http://www.marinayannakoudakis.com/london-mep-welcomes-progress-in-cyprus-gay-ban-repeal/> [Abgerufen am 26. November 2019].

Yenidüzen, 2014. <http://www.yeniduzen.com/magemde-benimcocugum-44009h.htm>. [Online]
 Abrufbar bei: <http://www.yeniduzen.com/> [Abgerufen am 23. Januar 2019].

Yenidüzen, 2016. 17th May Organisation Committee [Organisationskomitee 17. Mai] <http://www.yeniduzen.com/onur-yuruyusu-17-mayista-63755h.htm>. [Online]
 Abrufbar bei: <http://www.yeniduzen.com/> [Abgerufen am 23. Januar 2019].

<http://www.yeniduzen.com/onur-yuruyusu-17-mayista-63755h.htm>

Yenidüzen, 2018. <http://www.yeniduzen.com/alman-kuir-film-festivalibasliyor-99728h.htm>. [Online] Abrufbar bei: <http://www.yeniduzen.com/> [Abgerufen am 23. Januar 2019].

YKP FEM, 2012. <https://www.ykp.org.cy/2012/11/ykp/ilga-avrupaescinselligin-suc-sayildigi-tek-bolge-kibrisin-kuzeyi/>

YKP FEM, 2010. <https://www.ykp.org.cy/2010/08/ykp/ykpfem%E2%80%99den-mektup/>. [Online] Abrufbar bei: <https://www.ykp.org.cy/> [Abgerufen 23. Dezember 2019].

YKP FEM, 2012. <https://www.ykp.org.cy/2012/11/ykp/ilga-avrupaescinselligin-suc-sayildigi-tek-bolge-kibrisin-kuzeyi/>. [Online]
 Abrufbar bei: <https://www.ykp.org.cy/> [Abgerufen 23. Dezember 2019].

Νόμος που προνοεί για τη σύναψη Πολιτικής Συμβίωσης (N184(I)/2015), 2015. s.l.:s.n.

Ο περί Ποινικού Κώδικα Νόμος (ΚΕΦ.154/99Α) – Penal Legislation [Strafgesetzgebung] (Kap. 154/99A), 2015. [Online]
 Abrufbar bei: http://www.cylaw.org/cgi-bin/open.pl?file=nomoi/enop/ind/0_154/section-sc6b5f2a28-2aba-4385-6ce7-07d5b97c9d6f.html
 [Abgerufen am 22. November 2019].

Ο περί Προσφύγων Νόμος του 2000 (6(I)/2000) – The Refugee Law of 2000 [Das Flüchtlingsgesetz von 2000] (6 (I) / 2000), 2000. Zyprische Anwaltskammer. [Online]
 [Abgerufen am 26. November 2019].

ÜBER DIE AUTOREN

Nayia Kamenou ist stellvertretende Direktorin des Media Discourse Centre und leitende VC2020-Dozentin an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften an der De Montfort University (DMU), Leicester, Großbritannien. Vor ihrer jetzigen Position bei der DMU absolvierte Dr. Kamenou ein Forschungsstipendium am Centre for Hellenic Studies, King's College London, und war als Lehrbeauftragte am Institut für Sozial- und Politikwissenschaften der Universität Zypern tätig. Im Mittelpunkt ihrer Forschungstätigkeit stehen im Allgemeinen die Themenbereiche Gender und Sexualität.

Costa Gavrielides ist Mitbegründer von Accept – LGBTI Cyprus und war von 2012 bis 2017 der erste gewählte Präsident der Organisation. Von 2014 bis 2018 war er auch Vorstandsmitglied der ILGA-Europe. Er begleitete die Ausrichtung des ersten Zypern Pride Festivals im Jahr 2014 und in den folgenden Jahren bis 2017. Außerdem setzte er sich aktiv für das im Jahr 2015 in Zypern verabschiedete Gesetz über Lebenspartnerschaften sowie für die Strafverfolgung homophober und transphober Hassreden und Gewalt ein. Seit 2018 ist er Berater des Präsidenten der Republik Zypern für Fragen in Bezug auf Multikulturalismus, Akzeptanz und Achtung der Vielfalt. Außerdem setzt er sich aktiv für die Verabschiedung eines Gesetzes zur rechtlichen Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit in der Republik Zypern ein.

Enver Ethemer ist freier Wissenschaftler und Mitbegründer von Envision Diversity, einer LGBTI-Organisation in Nordzypern. Er ist in der Zivilgesellschaft in Nordzypern aktiv und setzt sich vor allem dafür ein, das Bewusstsein in der Gesellschaft für die Rechte von LGBTI-Personen, die Gleichstellung der Geschlechter, sexuelle Gesundheit und Menschenrechte für benachteiligte Gruppen zu schärfen und diese zu verteidigen. Darüber hinaus ist er in vielen Gruppen im Norden Zyperns aktiv, die sich mit Gender-Themen und Fragen zur Rechtslage auseinandersetzen. Schwerpunkte seiner Forschungstätigkeit sind Gender, Sexualität und Menschenrechte.

Okan Bullici ist Psychologe und Mitbegründer von Envision Diversity, einer LGBTI-Organisation in Nordzypern. Er arbeitet aktiv daran mit, Fortschritte in den Bereichen psychische Gesundheit, Sexualität, die LGBTI-Gemeinschaft und Menschenrechtsfragen in Nordzypern zu erzielen. Er hat Veranstaltungen, Seminare und Schulungen für verschiedene Berufsgruppen organisiert, wie unter anderem Psychologiestudent_innen, Berater_innen und Sozialarbeiter_innen, zu Fragen der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität und der Diversität. In verschiedenen Fernsehauftritten hat Okan Bullici auf Fragen der sexuellen Gesundheit und Geschlechtsidentität aufmerksam gemacht. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Kyrenia organisierte er auch genderbezogene Aktivitäten zu Frauenrechten.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Organisationen, bei denen die Autoren dieser Publikation beschäftigt sind.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Zypern
20 Stasandrou, Apt. 401 | 1060 Nikosia | Zypern

Verantwortlich:
Hubert Faustmann | Direktor
Telefon: +357 22 37 73 36
www.fescyprus.org

Email:
office@fescyprus.org

© Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) 2019
Alle Rechte vorbehalten. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.



ISBN
978-9963-2021-6-4

DIE LGBTI-BEWEGUNG IN ZYPERN

Aktivismus, Rechte und Wandel auf beiden Seiten der Insel

Auf der Insel Zypern haben die Kolonialzeit, die ethnische Teilung der Insel und auch der Einfluss konservativer soziopolitischer Kräfte die Entstehung und weitere Entwicklung einer LGBTI-Bewegung blockiert und verzögert. Der Beitritt der Republik Zypern zur Europäischen Union im Jahr 2004 hat zu Veränderungen in den politischen Strukturen geführt, die die Mobilisierung von LGBTI-Gruppen auf beiden Seiten der auch heute noch entlang ethnischen Linien geteilten Insel begünstigten. Unter Nutzung der Instrumente und Möglichkeiten, die ihnen die europäischen Institutionen und regionale LGBTI-Dachorganisationen boten, haben sowohl griechisch-zypriotische als auch türkisch-zypriotische Aktivist_innen sich für die Anerkennung der LGBTI-Rechte auf ihrer Seite der Insel eingesetzt und auch gemeinsam über ethnischen Grenzen hinweg für die Gleichberechtigung der LGBTI-Community gekämpft. Doch das Ziel der Gleichstellung von LGBTI-Men-

schen auf Zypern ist noch lange nicht erreicht. Der Auftrieb, den die LGBTI-Bewegung im Norden Mitte der 2000er-Jahre aufgrund der Aussicht auf eine Wiedervereinigung der Insel und den Beitritt des Nordens zur Europäischen Union erlebte, hatte zwar zur Entkriminalisierung der Homosexualität geführt, doch schwächte er sich danach merklich ab. Seitdem geht es mit der Durchsetzung von LGBTI-Rechten nur noch schleppend voran. Dies liegt ebenso an dem sich ändernden politischen Diskurs wie an starren Strukturen, die jeden Fortschritt behindern. In der Republik Zypern waren die LGBTI-Aktivist_innen bei der Durchsetzung positiver Gesetzesänderungen erfolgreicher als im Norden. So erreichten sie nicht nur die Entkriminalisierung der Homosexualität, sondern auch die Einführung von Gesetzen gegen Homophobie und transphobe Hassreden und für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sowie die Vorlage eines Gesetzentwurfs über die rechtliche An-

erkennung der Geschlechtsidentität. Doch haben Entscheidungsträger_innen auf beiden Seiten der Insel nur zögerlich, wenn nicht gar widerstrebend, auf eine Anpassung der nationalen Gesetzgebung an die EU und internationale Rechtsnormen hingewirkt. Zudem sind von staatlicher/behördlicher Seite nur begrenzt Versuche unternommen worden, der sozialen und kulturellen Marginalisierung von LGBTI-Personen entgegenzutreten. Doch gibt es auch positive Entwicklungen zu verzeichnen. Seit Beginn der 2010er-Jahre entsteht allmählich eine panzypriotische LGBTI-Bewegung, die sich immer stärker für die rechtliche Anerkennung von LGBTI-Menschen einsetzt und ebenso für ihre faktische Gleichstellung und für intersektionale Gerechtigkeit über alle Grenzen hinweg – seien es ethnischer Hintergrund, Klasse, Rasse, sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität, sexuelle Merkmale oder andere hierarchisierende Unterscheidungsmerkmale.